

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 646 und 647

Nummer 8

Berlin, den 25. Februar 1923

3. Jahrgang

Unser Recht auf hohen Lohn.

III.

Kann die Wirtschaft Lohnsteigerungen tragen?

Das beste Recht auf hohen Lohn wäre ein leeres Wort, wenn die Wirtschaft einfach nicht in der Lage wäre, ihn anzubringen. Die Unternehmer behaupten das bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, und versuchen es auch zu beweisen. Hätte man sich auf ihre Wahrheitsliebe verlassen, dann wäre eine Lohnaufbesserung überhaupt noch nicht möglich gewesen. Man braucht also solche Behauptungen und Beweise nicht ernst zu nehmen — schließlich waren sie noch nie.

Der Unternehmer alten Schlages — und nach anderen muß man in Deutschland mit der Laterne suchen — kennt nur eine Stellungnahme zu dem großen Problem des Lohnes in der Wirtschaft. Ihm ist der Lohn ein Teil der Gestehungskosten seiner Waren, wie die Kosten für Roh- und Hilfsstoffe, für Maschinen, die Steuern und Soziallasten u. a. auch — sonst weiter nichts. Je niedriger er ist, um so höher ist sein Gewinn. Glaubte er, und hat in manchen Fällen auch recht. Doch der Lohn auch eine Bedeutung für die Leistung des Arbeiters hat und eine entscheidende Rolle als Kaufkraft in der Wirtschaft spielt, kümmert ihn weiter nicht, und wenn schon, dann überläßt er ihm weiselhaft erfindende Versuche und die Sehung der Kaufkraft seinem Konkreten, der seinerseits Zugunsten anderer vertritt. So kann sich die Privatwirtschaft gar nicht aus ihrer Lähmung herausreißen. Sie braucht den Stoß von außen.

Es ist möglich, daß ein einzelner Unternehmer oder eine Unternehmergruppe eine Lohnsteigerung einfach auf die Preise schlägt. Dann wird ihr Gewinn entweder gar nicht geschmälert, oder geht nur wenig zurück, wenn die steigenden Preise zu einer Verringerung des Absatzes führen. Die Arbeiter erhalten zwar einen Reallohnzuwachs, aber auf Kosten anderer Verbraucher. Die Lohnsteigerung durch Lohnbewegungen anzugleichen. In der Praxis gelingt aber dem Unternehmer die Überwälzung durch Preissteigerung nicht so leicht. Wenn nicht alles, so muß doch ein Teil der Lohnsteigerung aus den Gewinnen getragen werden. Daher die gründliche Abneigung der Unternehmer gegen Lohnbewegungen. Die Schmälerung der Gewinne ist aber nur vorübergehend. Zum Teil wirkt sich bald die Sehung der Kaufkraft aus, die zu wachsender Nachfrage, zu steigender Produktion und aus dem erhöhten Umsatz auch zu steigenden Gewinnen führt, zum Teil wird durch die unter dem Druck der Lohnsteigerung erfolgte technische und organisatorische Rationalisierung der Ausgleich wieder erreicht und der frühere Stand wahrscheinlich überschritten.

Selbstverständlich darf der Gewinn eines Unternehmens durch Lohnsteigerungen nicht völlig weggenommen werden. Wie die Wirtschaft nun mal ist, würde das zum Erliegen des Unternehmens führen, das die Arbeiterschaft ebenso schwer trifft wie den Besitzer. Es gibt also wohl eine Grenze für Lohnsteigerungen, die ja jeder vernünftige Mensch auch so weiß, daß er von heute auf morgen nicht eine Verdopplung seines Reallohnes verlangen kann. In der Praxis taucht diese Gefahr kaum auf. Es kann sein, daß sich bei einer anderen Unternehmer vorübergehend zu einer Einschränkung seines Luxuskonsums gezwungen, was ihm und der Volkswirtschaft weiter nichts schadet. Im Gegenteil, was dem Unternehmer weggenommen wird, erscheint auf der anderen Seite als Massenverbrauch. Da Massengüter aber viel mehr als Luxuswaren die Typisierung und Rationalisierung der Produktion erlauben, entsteht hier eine neue Quelle wirtschaftlichen Fortschrittes.

Die Erde ist reich, und der Mensch lernt immer besser ihre Schätze zu heben. Es liegt in der Natur der Industrialisierung, daß die Produktivität der Wirtschaft stetig gesteigert wird. Der Zuwachs an Reichtum erscheint immer zuerst als eine Steigerung der Gewinne. Die Arbeiterschaft hat das Recht, ihren Anteil daran zu nehmen und eine ebenso stete Steigerung ihrer Reallohn zu verlangen. Die dadurch verursachte Kaufkraftsteigerung ist die Voraussetzung jeder weiteren Entwicklung. Der unumkehrbare Ablauf des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses bringt es aber mit sich, daß nicht eine gleichmäßige, sondern eine mehr oder minder stoßhafte Entwicklung eintritt. Ebenso wie es Abschnitte gibt, in denen die Gewinne stark steigen, und andere, in denen sie stagnieren, vielleicht auch Verluste eintreten, ebenso wechseln Zeiten einer Lohnbewegung mit solchen verhältnismäßigem Stillstandes oder gar Rückgangs. So plötzlich und ruckweise, daß Störungen in der Wirtschaft nicht zu vermeiden sind, finden Lohnsteigerungen nie statt. Die Tarifverträge der verschiedenen Industriezweige und Berufsgruppen laufen zu ganz verschiedenen Zeiten ab. Die Wirtschaft hat also immer Zeit zur Umstellung und Anpassung.

Besonders rasch wächst der Gewinn in Zeiten aufsteigender Konjunktur — viel rascher als die Löhne. Nun hat ja eine in Gang kommende Wirtschaft ohne Zweifel einen großen Kapitalbedarf. Die Eingliederung der Arbeitslosen und der gezielte Einsatz erfordert riesige Summen. Es ist aber gar nicht einleuchtend, daß dieser Kapitalbedarf allein durch überhöhte Gewinne gedeckt werden soll. Der Kapitalbedarf des Arbeiters würde ebensogut der Kapitalversorgung der Volkswirtschaft dienen können. Der zusätzliche Kapitalbedarf wird immer kleiner, wenn sich die Konjunktur ihrem Höhepunkt nähert, und verschwindet schließlich völlig, wenn die Wirtschaft in vollem Gange ist. Die Gewinne bleiben aber in ihrer alten Höhe bestehen, wenn sie nicht infolge Preistreiberien noch weiter steigen. Dazu kommt, daß die Produktion sich immer mehr der Konsumgütererzeugung zuwenden muß. Werher war sie mehr auf die Herstellung von Produktionsmitteln einstellt, die aus den Gewinnen bezahlt werden. Nachdem die Konjunktur ihre eigene technische Ausprägung geschaffen hat, arbeitet sie in veraltetem Maße für den allgemeinen Markt an Konsumgütern, deren Aufnahmefähigkeit in erster Linie vom Stand des Reallohnes der Arbeiterschaft abhängt. In dieser Zeit tritt die Spannung zwischen einer stark gewachsenen Erzeugung und dem zurückgebliebenen Verbrauch in ein gefährliches Stadium.

Richtungsgebende Lohnpolitik der Metallindustriellen.

Was wir in der vorigen Nummer bereits ankündigten, ist nun vom Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller offiziell in die Wege geleitet worden, nämlich die Generalaußsper- rung für die deutsche Metallindustrie am 22. Februar, 800 000 Arbeiter und Arbeiterinnen würden von dieser angekündigten Maßnahme betroffen werden. Mit den schon bereits ausgesperrten und streikenden Metallarbeitern würden 850 000 Personen in diesen Niesenkampf hineingezogen. Die umfangreichste Auseinandersetzung von Kapital und Arbeit würde damit zum Austrag kommen.

Über nicht nur wegen seines Umfangs ist der Kampf in der Metallindustrie so bedeutsam, sondern auch für die Gesamtarbeiterschaft, fordern wegen der Wirkung, die er ausüben soll. Die Unternehmer der Metallindustrie wollen damit nicht mehr und nicht weniger erzielen, als daß die Auseinandersetzung in Mitteleuropa richtungsgebend für die deutsche Lohnpolitik der nächsten Monate werden muß. Ein bürgerliches, den Unternehmern zugeneigtes Blatt drückt dies Streben der Industriellen nach dieser Richtung dahin aus, indem es schreibt: „Die Unternehmer wollen unbedingt unter das jetzt wieder angefochtene Maß der Lohnsteigerung einen Bremskloß legen, um die Bewegung in ihren ersten Anfängen noch in ruhige Bahnen zu lenken.“ Damit ist deutlich gekennzeichnet, daß die Metallindustriellen den Bremskloß für die anderen Industrien mitmachen wollen.

Nach diesen Äußerungen liegt klar zutage, um was es bei dieser Bewegung geht. Die Unternehmer wollen von sich aus bestimmen, mit welchen Löhnsätzen die Arbeiterschaft auszukommen hat, ohne Rücksicht auf die Lebenshaltungskosten und sonstigen Bedürfnisse, aber auch ohne Rücksicht darauf, ob die Kaufkraft der Arbeiter genügt, die deutsche Wirtschaft in Gang zu halten. Die Preise können ruhig steigen, dagegen unternimmt das Unternehmertum nichts. Die Löhne können in die Höhe getrieben werden, gegen diese Verteuerung wendet sich die Schaar der Industriellen nicht. Auch wenn die Höhe erhöht, die Reichseinnahmen für Industrie und Landwirtschaft zum Teil verpulvert werden, so regen sich darüber die Arbeiterschaft nicht auf. Nur wenn die bedrückten, gequälten, gequälten Arbeiter und Arbeiterinnen, die durch ihre Tätigkeit allein die Werte schaffen, von denen die Nährnieber der Arbeitskraft abhängen, einen Ausweg für die Verschlechterung ihres Daseins in Folge Preissteigerungen, Mietsteigerungen, größerer Steuerbelastung u. dergl. herbeiführen wollen, da steht das Unternehmertum wie ein Mann dagegen. Bremsklöße sollen dann angelegt werden. Immer soll die Arbeiterschaft der Leidtragende sein. Stets wird nur sie zur Bescheidenheit ermahnt. Wenn die Mahnung nichts fruchtet, weil die Rot kein Gebot kennen kann, dann wird durch Gewaltmittel versucht, wirtschaftliche Notwendigkeiten aufzuhalten. Tausendmal haben diese Methoden schon versagt, mühen verlegen, weil Hunger, Not und Elend förderlicher und seelischer Art, weil menschliches Verlangen bei so außerordentlichen Ungleichheiten des Gesellschaftslebens niemals mit Gewalt, mittels unwahrer Begründungen gemindert oder besetzt werden können. Aber immer kommen die Kreise, die ein gerüttelt Maß von Schuld an den Ursachen der Lohnforderungen der Arbeiterschaft haben und versuchen, den Stoß umzudrehen.

Wir haben in Deutschland diesen Punkt noch nicht erreicht. Noch ist die Wirtschaft in der Entfaltung begriffen, noch müssen Hunderttausende von Arbeitslosen aufgenommen werden, und noch ist der Kapitalmangel der Wirtschaft nicht gestillt, wie die starke Aufnahme von Auslandsanleihen und das Steigen der Zinssätze beweist — aber wir nähern uns rasch dieser Phase. Trodem bringen es die Unternehmer fertig, von einer Gefährdung der Konjunktur durch die Lohnbewegung zu sprechen. Lohnbewegungen haben der Wirtschaft noch nie geschadet, wohl aber sind die schlagelieten übermäßigen Gewinne, die zur Überkapitalisierung und Überproduktion führten, als wichtigste Krisenursache erkannt worden. Die Wirtschaft kann nicht nur Lohnsteigerungen tragen, sondern sie braucht sie zu einer gelunden Entfaltung. Wenn sich die deutschen Unternehmer dies von den Gewerkschaften nicht gerne lassen, so sollten sie wenigstens ihren amerikanischen Kollegen glauben, die ihnen mit gutem Beispiel vorgegangen sind. Nur plagen unsere Unternehmer erst dann zur Einsicht zu kommen, wenn sie durch die Gewerkschaften auch zur Verzweiflung gezwungen werden können.

Reichstagsauflösung steht bevor.

Der Bürgerblock, der mit Hilfe seiner Regierungslente so verhängnisvolle Politik machte, ist auseinandergefallen. Das Reichstagsauflösung des geplanten rückschrittlichen Schulgesetzes war der Anlaß dazu. Vorläufig ist die Auflösung des Reichstages zum 31. März vorzuziehen. Die Wahlen sind voraussichtlich im Mai. Die Bürgerblockregierung ist bemüht, nach dem Haushaltsset für 1923, und den Nachtragset für 1922 zu erledigen. Sonach beachteten die Rechtsparteien den Wunsch des Reichspräsidenten, noch den Haushaltsplan, das Abminderungs-jahresgesetz, die Stützmaßnahme für die Landwirtschaft und die Strafrechtsreform zu verabschieden, nur in einem Punkt. Keine Partei will eben die Verantwortung tragen für so große Gesetzeswerke und sich damit einseitig belasten. Das Schuldkonto der Rechtsparteien bei der Wählererschaft ist so schon hoch genug angewachsen. Mehr Belastung können sie wohl kaum tragen. Interessant ist, wie sich die Regierungsparteien nun bemühen, einander die Schuld an dem Bruch zuzuschreiben. Über bei allem Theater, das sie aufzuführen, darf man nie übersehen, daß sie trotz ihrer Arbeiterwähler gegen die Arbeiterschaft einig sind. Die Gegenläufe mögen noch so unüberbrückbar erscheinen, wenn es gilt, die Lage der Arbeiterschaft zu verschlechtern, gibt es unter ihnen keine Versöhnung.

Die Regierung und die Bürgerblock meint die Arbeiterschaft keine Kränze nach; denn ihre Tätigkeit lag in einer großmütigen Vertretung und Unterstützung der kapitalistischen Interessengruppen. In Aktionen von Reichsweite belagerten die Beschäftigten in verschiedener Form ihre materielle Zuweisung

Es läßt sich nicht aus der Welt streiten, daß die politischen Maßnahmen der Bürgerblockregierung sehr stark zur Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft in Deutschland beitragen. An dieser Regierung waren die parlamentarischen Vertreter des Unternehmertums stark beteiligt. Die Preissteigerungen von Roh-, Halb- und Fertigfabrikaten wurden von Industriellen und mit ihnen verwandten Organisationen vorgenommen. An den sonstigen Verschlechterungen der Einkommensverhältnisse der Arbeiterschaft durch direkte und indirekte Maßnahmen waren die Kreise der Unternehmer sehr aktiv beteiligt. Warum wurde nicht versucht, die Bremsklöße an der Lohnsteigerung auslösenden Stelle unterzuliegen?

Die Unternehmer aller Schattierungen müssen sich schon damit abfinden, daß sich die Arbeiterschaft weder durch Maßnahmen, noch durch Druck von unbedingten Notwendigkeiten abhalten läßt. Sie verlangt ihr Recht, das die Gegenseite allein für sich in Anspruch zu nehmen pflegt. Sie fordert eine Erhöhung ihres Anteils am Preis der Produkte, weil sie sie braucht und weil die andere Seite die Minderung ertragen kann; denn es ist ja der Arbeiterschaft eigentlicher Verdienst, der ihr vorenthalten wird.

Wenn hier die Arbeitgeber sagen, die deutsche Industrie würde dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt verlieren, so ist eigenartig, daß Amerika mit einem zwei- bis dreimal so hohen Reallohn seine Wettbewerbsfähigkeit aufrecht zu halten vermag. Es scheint daraus hervorzugehen, daß die Industriellen Deutschlands infolge ihrer verkehrten Wirtschaftseinstellung die Sache nicht mehr meistern können. Mögen sie doch abtreten.

Der Standpunkt aller freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist der: Eine erhebliche Lohnsteigerung ist als Ausgleich für die eingetretene Lebensverteuerung zu bringen notwendig. Darauf müssen sich alle Unternehmer einstellen. Wird sie nicht in ausreichendem Maße gewährt, ist die organisierte Arbeiterschaft zum schärfsten Kampf gezwungen. In welcher Form er von ihr geführt wird, bestimmen allein die gewerkschaftlichen Organisationen. Wenn die Schlichtungsstellen sich zum Eingreifen veranlaßt sehen, so mögen sie diese Aufgaben berücksichtigen, sonst wird ihre Mühe vergeblich sein.

Wollen die Industriellen eine Verbilligung der Wirtschaft, so mögen sie Sorge dafür tragen, durch ihre gekennzeichnete Politik werden sie sie nicht erreichen. Etwas mehr wirtschaftliche Einsicht und Vernunft auf Seiten der Industriellen sollte wahrlich Einlehr halten; denn ihr Vorgehen ist nicht nur ihnen selbst nachteilig, sondern der deutschen Wirtschaft überhaupt.

Die freiorganisierten Metallarbeiter können der Solidarität der freien Gewerkschaften in ihrem Kampf sicher sein. Die nach den Gewerkschaften Kernstücken sollten angesichts dieser Maßnahmen der Unternehmer eublich einsehen, daß jeder Arbeiter gegen die Willkür, Brutalität und Wirtschaftsknechtung der Industriellen den Kampf eben unter dem Schutz der freien Verbände mitzuführen hat; denn es geht um das Wohl und Wehe des einzelnen wie um das der gesamten Arbeiterschaft und das des Volkes.

unter allen möglichen Deckmänteln; sie bezeichneten das als zum Wohl des Vaterlandes notwendig.

Die arbeitende Klasse hat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß der neuwählende Reichstag eine andere Zusammensetzung bekommt und die kommende Regierung eine gerechtere Verteilung der Lasten vornimmt. Von einer Rechtsmehrheit und einem Bürgerblock hat die Arbeiterschaft nichts Gutes zu erwarten; sie muß den neuen Reichstag in ihrem Sinne ändern.

Wie ermäßige ich meine Lohnsteuer?

Wenn ich zu diesem Thema etwas schreiben darf, dann deshalb, weil ich mir bewußt bin, daß darüber noch ein großer Teil der Arbeiterschaft im Unklaren ist. Versuchen wir unsere Zeitung in den letzten Wochen, so werden wir des öfteren über Rück- erstattung von Lohnsteuern gelesen haben; aber es wird nach meiner Auffassung zu wenig darüber geschrieben, wie der einzelne seine Lohnsteuer ermäßigt bekommen kann. Wie ja allgemein bekannt sein dürfte, legt sich das nicht verrechenbare Einkommen aus steuerfreiem Lohnbetrag, den Werbungskosten, den Sonderleistungen und den Familienermäßigungen zusammen. Mit Veranlassung zu diesen Teilen die Werbungskosten und Sonderleistungen, wofür zusammen wöchentlich nur 9,60 RM in Anfall gebracht sind, welches meiner Meinung nach bei einem großen Teil der Kollegen viel zu gering ist. Ich denke dabei vor allen Dingen an die Kollegen, die zur Erreichung ihrer Arbeitsstätte sich eines Verkehrsmittels bedienen müssen. Ich weiß dann kerner auf die Erhöhung der Sozialbeiträge hin, die ja wohl bei einem großen Teil schon allein 5 RM und noch darüber hinaus betragen. Es fallen kerner unter Werbungskosten die Berufslehre (Arbeitsanzug) und Werkzeuge, unter Sonderleistungen Verbandsbeiträge, Lebensversicherungsbeiträge, Versicherungsbeiträge für Familienmitglieder und Kirchensteuern. Ich möchte es kerner nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß alle die, die durch die schlechten Wohnungsverhältnisse gezwungen sind, einen doppelten Haushalt zu führen, Anträge auf Ermäßigung stellen müssen. Diese Anträge müssen am Anfang oder im Laufe des Steuerjahres gestellt werden, weil dafür keine Rückzahlung stattfindet. Wenn ich dieses schreiben möchte ich damit die Anregung geben, daß noch mehr über dieses Thema, welches ja bei weitem nicht erschöpft ist, geschrieben wird, und möchte vor allen Dingen den Betriebsräten sagen, daß sie in den Versammlungen darauf hinweisen; denn die Lohnsteuer ist wohl eine der Steuern, die am ungerechtesten wirkt. Ich hoffe, nur mit diesen Zeilen das bewirkt zu haben, daß ein Teil der Kollegen von dem Gesagten Gebrauch macht, und dadurch die ersparte Steuer zum Nutzen der Familie oder der Allgemeinheit verwenden kann. Jakob Müller, GSA.

In der Sitzung des Oberchiedsgerichts der Deutschen Glasindustrie am 31. Januar 1928 wurde die Berufungsklage des Keramikischen Bundes gegen den Schiedsspruch des Bezirkschiedsgerichts, Gruppe IV, vom 22. Dezember 1927, in Sachen der Firma Gebr. Eisenstein, G. m. b. H., Wilschdorf, bei Auslegung des § 7b, M. A., Menderung der Arbeitsart" verhandelt.

Nach der protokollierten Niederschrift behauptet Kollege Grünzel, daß eine Vergrößerung des Hofens nach keine Menderung der Arbeitsart bedinge.

Nachdem die Herren Bulle und Eisenstein sich noch kurz zur Sache geäußert hatten, zog sich das Gericht zur Beratung zurück.

Parteien einigen sich dahin: Folgende Vereinbarung soll als Auslegung zum § 7b des Reichsmonopolvertrages gelten:

Die Menderung der Größe der Höfen allein ist noch keine Menderung der Arbeitsart zu erheiden.

Eine Menderung der Arbeitsart liegt aber dann vor, wenn infolge Menderung einer technischen Anlage bei Verarbeitung der gleichen Produktionsartikel in gleicher Arbeitszeit ein erheblicher Verdienst erzielt werden kann.

Der Berufungskläger nimmt im Einverständnis mit der Berufungsklägerin die Berufung gegen den Schiedsspruch der Gruppe IV vom 22. Dezember 1927 zurück.

v. a. u. Für den Schutzverband Deutscher Glasfabriken: gez.: Dr. Schmidt.

Für den Keramikischen Bund: gez.: S. Grünzel.

Neues aus der Glasindustrie.

Polnisches Glasflüssigsubstitut. Die polnische Glasindustrie haben sich im Kampfe gegen ausländische Konkurrenz zusammen geschlossen.

Die Messe in Leipzig. Die vom 4.—14. März stattfindende Leipziger Messe wird von Glasproduzenten so stark besucht, daß neue Ausstellungen für die Glasindustrie freigemacht werden müssen.

Preisbildung für deutsche Fensterglas. Der in Frankfurt am Main gegründete Verein deutscher Tafelglasfabriken hat für maschinell hergestelltes Fensterglas seine erste Preisliste herausgegeben.

Kreuznach. Die Nachricht, daß in Kreuznach eine neue Glasfabrik errichtet wird, ist von der dortigen Bürgermeisterei kommentiert worden.

Aussperrung der Flaschenmacher in London.

Der Verband der Arbeitgeber für die englische Flaschenindustrie hat mit den Arbeitnehmern seit dem 1. Januar über eine 10 Proz. betragende Lohnherabsetzung verhandelt.

Die Unternehmer suchen in Deutschland Flaschenmacher und sind dringend verlangt, daß deutsche Flaschenmacher nicht nach London gehen.

Am den Nachwuchs.

Mit dem Näherkommen des Schulabschlusstermins werden viele Jugendliche vor die für ihre Zukunft bedeutungsvolle Entscheidung gestellt.

Nach dem vollwirtschaftlichen Standpunkt aus ist diese Frage sehr ernst zu wärdigen.

Was die Gewerkschaften anbetrifft, muß festgestellt werden, daß sie alles Mögliche getan haben, eine gründliche Schulung der jungen arbeitenden Menschen herbeizuführen.

In den letzten Jahren haben sich die Klagen über mangelnden Nachwuchs an Facharbeitern.

wird häufig über Facharbeitermangel, besonders über Mangel an thätigen Facharbeitern, geklagt.

Man sollte nun meinen, daß die Industrie alles tun, um eine gute Ausbildung ihrer Lehrlinge sicherzustellen.

Die Gründe für diese Erscheinungen sind leicht zu erklären. Trotz Berufsausbildungsgezet, trotz Ermahnungen der Handelskammern, trotz vorbildlicher Beurteilungen mancher tüchtiger Lehrpersonen sehen die Arbeitgeber in den 14—18jährigen jungen Menschen eben ein williges, brauchbares und vor allem billiges Ausbeutungsgesicht.

In den ersten Monaten werden diesen jungen Leuten die notwendigen Griffe beigebracht, und dann kann es vorkommen, daß sie viele Monate, ja jahrelang, in einem und demselben meist einfachen Artikel sitzen bleiben.

Dabei ist die Erkenntnis zu konstatieren, daß je weniger den nützlichsten Bestimmungen des Lehrvertrages entsprochen wird, um so mehr die Bestimmungen in Anwendung gelangen.

In welcher einseitiger Weise oft Arbeiter die Lehrlingsfrage durchzuführen, sei an einem Beispiel gezeigt, das durchaus nicht sehr vereinzelt besteht.

Zu welcher einseitiger Weise oft Arbeiter die Lehrlingsfrage durchzuführen, sei an einem Beispiel gezeigt, das durchaus nicht sehr vereinzelt besteht.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Die Ausbildung ist ziemlich mangelhaft und läßt manches zu wünschen übrig.

Publize den ehemaligen Porzellanarbeiterverband ...

Am Sonntag, dem 5. abends 8 Uhr, begann dann die Freier im Coburger Volkshaus für die Jubilare der Coburger Bezirke.

Es waren zwar hier nur 5 alte, erprobte Kämpfer, die geehrt werden konnten.

Mit dem Lied „Empor zum Licht“ eröffnete der Coburger Arbeitergesangverein die Feier.

Die Begrüßung der Jubilare und die Begrüßung der Gäste der Coburger Bezirke, sowie die schweren Kämpfe, die auch hier mit ihm gemeinschaftlich durchfochten werden mußten.

Nachdem die beiden Tage des Wand der Organisation zu die Kollegen und Kolleginnen fester geschlossen haben.

Nachstehend bringen wir die Namen der Jubilare, die wir folgt organisiert sind:

Table with 3 columns: Name, Address, Age. Includes names like Apel, August; Bauer, Adolf; Bräuner, August; etc.

Kirchenlämfig.

Wink hatte Rudolf Wächter eine Privatmalererei in Hüttensteinach.

Er hat auch dort eine Privatmalererei. Und die Leute lassen sich dort so leicht ausheuten.

Die Arbeiter machen Ober und Prinzipal, trotzdem im Tarifvertrag der feinkeramischen Industrie etwas anderes festgelegt ist.

Die Arbeiter machen Ober und Prinzipal, trotzdem im Tarifvertrag der feinkeramischen Industrie etwas anderes festgelegt ist.

Die Arbeiter machen Ober und Prinzipal, trotzdem im Tarifvertrag der feinkeramischen Industrie etwas anderes festgelegt ist.

Hüttensteinach.

„Christ das Alter“. Dieses Entschuldig wird oft ausgesprochen, aber wenig in die Tat umgesetzt.

Die Arbeiter machen Ober und Prinzipal, trotzdem im Tarifvertrag der feinkeramischen Industrie etwas anderes festgelegt ist.

Die Arbeiter machen Ober und Prinzipal, trotzdem im Tarifvertrag der feinkeramischen Industrie etwas anderes festgelegt ist.

Huma.

Nachdem Kollege Max Wünscheberger vorher die Jubilare Huma einen eifrigen und treuen Kämpfer.

Das Spiel mit dem Feuer!

(Warum Arbeitskämpfe in der Zementindustrie?)

Unter dieser Doppeltüberschrift erschien in Nr. 24 der Zeitung „Motte“ vom 11. Januar 1928 und inzwischen auch in anderen Zeitungen ein Artikel, der vom Rheinisch-westfälischen Arbeitgeberverband der Zementwerke G. B. Bochum, unterzeichnet ist.

In einer Note erklärt die Schriftleitung ersterer Zeitung, daß sie den Artikel gebracht habe, ohne sich mit dem Inhalt zu identifizieren.

Wir waren etwas erstaunt über die alarmierende Ueberschrift, die so ausfiel, als wenn die ganze Zementindustrie bereits in Flammen stünde bzw. an zu brennen fange würde.

Beim genaueren Lesen des Artikels ging uns aber ein Verständnis auf, aus welchen Gründen er veröffentlicht wurde. Veranlassung gaben die Berichte über einige abgehaltene Versammlungen und Konferenzen des Christlichen Transports- und Fabrikarbeiterverbandes sowie ein Bericht über die Reichszementarbeiter-Konferenz des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, welcher in Nr. 52 des „Rheinischer Bund“ vom 24. Dezember 1927 veröffentlicht war.

In den Versammlungen und Konferenzen wurde über die wirtschaftliche Lage der Zementarbeiter gesprochen und beraten, wie sie verbessert werden könnte. Dabei ist allerdings ein etwas ungünstigeres Bild über die Lage der Zementarbeiter gezeichnet worden, wie es z. B. auf der Tagung des Vereins der Zementindustriellen am 6. Dezember 1927 in Berlin von Seiten des Herrn Bourais Dr. Meyer gezeichnet wurde.

Nach den vorliegenden Berichten ist auf dieser Tagung viel von dem Interesse geredet worden, was die Zementarbeiter für ihre Arbeiterschaft haben und auch darüber, daß sie ihnen möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren wollten.

Wird dem guten Willen allein ist es aber nicht getan, denn davon haben die Zementarbeiter bisher sehr wenig zu spüren bekommen. Die Wirklichkeit ergibt ein wesentlich ungünstigeres Bild, als wie es auf der Tagung des Zementbundes gezeichnet wurde. Unter anderem ist von Herrn Bourais Dr. Meyer auch ausgeführt worden, daß der durchschnittliche Tageslohn des Zementarbeiters von 4 RM im Jahre 1914 auf 7,10 RM im Jahre 1926 gestiegen sei und 1927 sogar 8 RM überschritten habe.

Wir haben uns da gefragt, ob das stimmen könne, bei Stundenlohn, die im Jahre 1926 zwischen 43 und 73 Pf. pro Stunde in der Spitze für den Arbeiter schwankten und Ende 1927 zwischen 53 und 78 Pf. standen. Es ist da nur zweierlei denkbar: Entweder sind in den von Herrn Dr. Meyer angegebenen Zahlen auch die Gehaltsbezüge der höher bezahlten Beamten enthalten, oder die Verleser haben ihrer zentrale Unterlagen übersehen, welche ein unrichtiges Bild über den tatsächlichen Durchschnittstageverdienst der Zementarbeiter ergeben.

Inzwischen sind uns von Seiten vieler Zementwerkbesitzer eine genügend große Anzahl Lohnberechnungen, die sich über alle Arbeiterkategorien, zum Teil über das ganze Jahr, zum Teil über einen Zeitraum von vier bis fünf Wochen erstrecken, zugelandet worden.

Auf Grund des uns zugelandeten Materials, welches noch in der Auswertung begriffen ist, sind wir schon zu der Ueberszeugung gekommen, daß die von Herrn Bourais Dr. Meyer angegebenen Zahlen über den Durchschnittstageverdienst des Zementarbeiters nicht der Wirklichkeit entsprechen können. Sobald das Material vollständig gecheckt und durchgerechnet ist, werden wir auch der Öffentlichkeit die wirklichen Verdienste der Zementarbeiter unterbreiten.

Würden wir das nicht tun, so könnte sich in der Öffentlichkeit der Gedanke festsetzen, als seien die Zementarbeiter gegenüber der übrigen Arbeiterschaft in einer überaus günstigen und heilsamen Lage und hätten durchaus keinen Grund zu klagen und noch irgendwelche Forderungen zu stellen.

Wir haben eine ganze Anzahl Schreiben von Zementarbeitern erhalten, die sich oft in recht drastischer Weise über die Lage der Zementarbeiter äußern.

Und nun zu dem Artikel des Arbeitgeberverbandes der Rheinisch-westfälischen Zementwerke G. B. Bochum, selbst. Die Arbeiterschaft hätte viel mehr und viel eher Ursache gehabt, zu den Nachbarn auf der Zementindustrie Stellung zu nehmen, als wie die Arbeitgeber in den Berichten über die verschiedenen Tagungen der Zementarbeiterschaft.

Was in den letzten Berichten enthalten ist, hätte durchaus einen Anlaß zu geben brauchen, die Öffentlichkeit mit einem so außerordentlich alarmierenden Artikel zu bombardieren. Nach dem Artikel hätte es der Aufsicht, als wenn in der Zementindustrie ein Streikbefehl ausgeht auf der ganzen Linie entbrennen würde.

Es ist darin behauptet, daß schon seit geraumer Zeit von dem Zementarbeiter sein freies Fabrikarbeiterverband und Kampfvereine gebildet worden. Das hätten die Tagungen von Bochum und Hannover bewiesen.

Nach den uns vorliegenden Berichten ist selbstverständlich auch darauf verwiesen worden, daß es dort, wo sich die Arbeiter der verschiedenen Zementwerke in der Zementarbeiterschaft mit großer Regelmäßigkeit gegenüber, auch zu Komitees zusammenfinden. Es wäre eine Unverantwortlichkeit seitens der Vertreter der Arbeiterschaft, wenn nicht auch auf solche Gegebenheiten verwiesen würde. Auf der Zementindustriellen Tagung ist nach ganz etwas anders gesagt worden. In dieser Hinsicht liegt es ganz in der Hand der Arbeitgeber, Konflikte, die zu Kämpfen führen können, zu vermeiden. Allerdings, wenn von den Arbeitgebern versucht werden sollte, wie es im vorigen Jahre in außerordentlich ausgedehnter Weise der Fall war, die Gewerkschaften von der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen dadurch auszuschließen zu wollen, indem sie sich die Gründung und Unterstützung von selber Werkvereinen angeeignet sein lassen, werden Konflikte nicht zu vermeiden sein.

Daß die Arbeiterschaft dafür eintritt und eintritt muß, die Lohn- und Arbeitsbedingungen möglichst gleichmäßig zu regeln, sollte natürlich ein Arbeitgeberverband ihr Recht zu vertreten. In dieser Beziehung hat die Arbeiterschaft ja ein gutes Vorbild an den Arbeitgebern, die nicht nur deutschen, französischen, belgischen und holländischen, sondern auch international zu regeln und in Anwendung und Durchsetzung dieses ihres Bestrebens alle Mittel anwenden.

Warum soll man dieses Bestreben, möglichst einheitliche Verhältnisse über das ganze Reich zu schaffen, auf einmal „verwerflich“ finden, wenn es von der Arbeiterschaft in die Tat umgesetzt werden soll?

Denn in dem Artikel geht es auch um die einzelnen Arbeiter in der Zementindustrie nicht interessiert, welche Lohn- und Arbeitsbedingungen die Zementarbeiter in Deutschland oder Belgien hat, als vielmehr die Frage, welche Arbeits- und Lebensbedingungen es im Verhältnis zu den übrigen Arbeitern dieses Reiches habe, in welchen solche Worte aus dem Munde eines Vertreters der Arbeitgeber etwas verwerflich sind.

Und es sind gerade die Arbeiter, welche immer bei den Verhandlungen auf die Verhältnisse in anderen Ländern der gleichen Industrie verweisen? Hierfür ist nur dann, wenn diese Verhältnisse gegenüber dem eigenen Land für die Arbeiterschaft schlechter sind. Wird von Seiten der Vertreter der Arbeiterschaft einmal auf bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in anderen Ländern des eigenen Reiches verwiesen, so kommt ganz sicher von Arbeitgebern die Erwiderung, daß diese Verhältnisse nicht interessanten. Wie es nachher, wie die Zeit zeigt, wird sein bei den Arbeitgebern, bald so organisiert.



Wenn wir uns trafen dann und wann,
Da sprach mein Nachbar Kernschmann:
Ich brauche keinen Verband,
Ich komme allein durchs Land.
Ich wäre meine Groschen,
Ich bleibe stets verdorren
Guern Meiß'n ferne stehn.

Dann traf ich Nachbar Kernschmann,
Verstört, zermürbt, die Finger klamm:
Kann ich nicht in den Verband?
Weißt keine hilfreiche Hand?
Ich hab' weder Moneten,
Noch helende Proleten,
So tat er mich ansehn.

Mein Red' war: Lieber Kernschmann,
Du bist noch einer besten kann?
Deine Einsicht kommt zu spät.
Säteste früher du Getai,
Kleiner wär' bei dir die Not,
Säteste nun wie ich jetzt Brot;
Zieh ein dein biß' Verzeck!

Anscheinend schlägt manchem Zementarbeiter das Gewissen etwas, wenn er an seine frühere Lohn- und Tarifpolitik denkt, und die Arbeitgeber fürchten, daß auch die Zementarbeiterschaft einmal aufbegehren könnte.

Auf der Reichszementarbeiterkonferenz des Fabrikarbeiterverbandes ist mit keinem Wort davon gesprochen, daß dieser oder jener Bezirk als Sturmbad für die diesjährigen „Kämpfe“ benutzt werden solle. Wenn der Artikelschreiber das behauptet, so hat er anscheinend unseren Bericht nicht genau durchgesehen.

Es wird dann weiter gesagt, daß sich Verkäufe mit Recht darüber beschwert hätten, daß der Arbeiter dem Arbeitgeber immer mehr entfremdet würde usw. Da hätten wir wohl fragen, was das für Verkäufe sind? Der Arbeitgeber und Leiter eines Betriebes ist auch Verkäuflicher. Zugleich fragen wir weiter, wer eigentlich bei den großen Konkursen der Arbeitgeber ist. Ist es der Aktionär oder der Leiter des Betriebes? Letzterer bekommt doch seine Anweisungen auch nur von der Konzernleitung, ist also auch nur Angestellter, und die Aktionäre kommen ja bekanntlich weder mit dem Betrieb, noch mit der Arbeiterschaft zusammen. Wo bleibt da die Abhängigkeit des einzelnen Arbeitnehmers mit dem Arbeitgeber?

Der ganze Artikel des Arbeitgeberverbandes will ja auch nur eine Lanze für die längere Arbeitszeit brechen. Dabei ist man in der Wahl der Mittel durchaus nicht von großen Schwächen gequält. Die Arbeiterschaft soll gegen die Gewerkschaften aufgelehrt werden, weil diese jetzt launisch sind, daß der Arbeiter durch die Forderung der Stundlohn- und Wochenlohnzeit im Lohn außerordentlich geschädigt wäre. Die lange Arbeitszeit beim durchschnittlichen Arbeiter sei ja nur beibehalten, damit die Arbeiterschaft mehr verdienen solle. Die Zementarbeiterschaft bekennt sich aber selbst für diese Art Wohlwollen, wenn sie auf Kosten ihrer Gesundheit höhere Verdienste erzielen soll.

Daß die Zementindustrie bei achtstündiger Arbeitszeit und höheren Löhnen, als wie sie jetzt bezahlt werden, etwa nicht existenzfähig sein sollte, wird wohl auch der Arbeitgeberverband der Rheinisch-westfälischen Zementwerke G. B. Bochum, der Öffentlichkeit nicht plausibel machen können.

In dem Artikel wird noch weiter gesagt, daß man sich hätte mit einem allmählichen Abbau des Zweischichtensystems zufrieden erklären können, ein gangbarer Weg würde da schon gefunden worden sein. Da muß man doch konstatiert werden, daß wohl noch nie einer Industrie soviel Zeit gelassen wurde, sich umzustellen, wie gerade der Zementindustrie. Waren es nicht die Arbeitgeber, welche erklärt haben, daß die lange Arbeitszeit nur solange beibehalten werden sollte, bis sich die Lage der Industrie gebessert hätte, oder will etwa der Arbeitgeberverband behaupten, daß es der Zementindustrie heute schlecht geht?

Eine Industrie, die sich in so kurzer Zeit technisch verallgemeinert hat und ihre Produktion in so außerordentlich hohem Maße innerhalb kurzer Zeit gesteigert hat, ist auch in der Lage, bei kürzerer Arbeitszeit höhere Löhne zu zahlen. Das wird natürlich von der Arbeiterschaft bestritten werden, aber wenn man die Löhne betrachtet, daß die Zementindustrie trotz Anstauung von Waren keine Verlierer, die dann stillgelegt wurden, und trotz Verkauf großer Restposten, um die Kaufleute lohn zu legen, gerade war, verhältnismäßig hohe Dividenden auszuscheiden, ist es auch in der Lage, höhere Löhne zu zahlen.

Wenn die Zementarbeiterschaft hätte warten wollen, bis es zum Zementindustriellen beliebt hätte, die Umstellung vom Zwei- zum Dreischichtsystem vorzunehmen, wartete sie vielleicht noch bis zum Winterfesttag.

Auch der Zementarbeiter hat ein Recht auf Erholung und auch ein Recht, an den Festtagen, die er feiert, teilzunehmen.

Wenn Abweisung der Affordarbeit, Forderung von Schichtlöhnen aus der Sorge von Affordarbeiten etwas außerordentlich Unerhörtes sein soll, so brauchen wir ja nur darauf zu verweisen, daß durch die immer mehr und mehr zunehmende Verunsicherung der Betriebe die Affordarbeit ja immer mehr und mehr eingeschränkt wird.

Denn nun nach den Ausführungen des Herrn Bourais Dr. Meyer der Durchschnittstageverdienst des Zementarbeiters auf über 8 RM im Jahre 1927 bereits gestiegen ist, kann doch die Umstellung von Forderungen, welche nach diesem Durchschnitt bleiben, nicht so außerordentlich unerträglich sein, daß die Öffentlichkeit gegen die Zementarbeiter mobil gemacht werden sollte.

Der Artikel bricht dann auch noch eine Lanze für die notleidende Landwirtschaft. Diese soll unter den heutigen Arbeitsmarkt- und Lohnverhältnissen als Erzeuger der lebensnotwendigen Nahrungsmittel leiden. Wir haben ja nun gerade vor kurzem Selbstenntzungen gehabt, die die „Berliner Brücke“ auf dem in Aussichtgen zu setzen. Auf Grund dieser Erkenntnis wird man zu der Ueber-

zeugung gekommen, daß die Art der „Landwirtschaft“ von Zementarbeiterschaft gern getragen würde.
Wenn der Zementarbeiter in solchem W unter die Arme gegriffen würde, wie den Großagraren mit mehreren hundert Millionen Reichsmark, brauchte sie keine Klage über anzustimmen, und der Arbeitgeberverband war auch keinen Grund gehabt haben, sich in geistige Unkosten einzulassen, um die Öffentlichkeit gegen die Zementarbeiter mobil zu machen. Doch der Worte sind jetzt genug gemacht.
Die Arbeitgeber haben es in der Hand, die in dem bezogenen Artikel an die Wand gemalten Kämpfe zu vermeiden. Sie den berechtigten Wünschen der Zementarbeiterschaft entgegenkommen, so wird auch in der Zementindustrie der Wirtschaftskrisis gewahrt bleiben. Wenn man haben sie sich die Schuld an evtl. Konflikten selbst zuschreiben lassen.

Ziegeleibitzer Meindl als Arbeitervertreter.

Die Zeiten ändern sich, und man erlebt ungläubliche Dinge. Eine wohl noch nie erlebte Tatsache dürfte aber die sein, daß die Ziegeleibitzer Meindl vor dem Tarifamt zu vertreten. Viele Kuriositäten sind in den Ziegeleibitzern. Das Tarifamt vor dem die Ziegeleibitzer Meindl als Arbeitervertreter für die bayerische Tonindustrie eingereicht. Der Antrag für diese Klasse beträgt 68 Pf. pro Stunde. Die Lohn ist den Meindlichen Arbeitern viel zu hoch, sie sind eher höheren nicht gewohnt, denn seit jeder wird dort nach Klasse III und darunter bezahlt. Und weil sie nicht wissen, wie sie mit den so hohen Löhnen anfangen sollen, so treffen sie Vorkehrungen, um in keine Verlegenheit zu kommen, indem sie gegen Zustimmung höher bezahlt zu werden, protestieren. Das ist nicht etwa ein halbeschickliches, sondern es ist Tatsache. Herr Meindl erzieht deshalb von seinen Arbeitern den Auftrag, bei Tarifamt den Antrag zu stellen, daß kein Vertrieß in Klasse III bleiben darf („bleiben darf“ ist gut, nachdem er in Klasse II war). Der Antrag war vom Betriebsrat unterzeichnet.

Man versuchte die Sache mit dem Bekanntwerden des Antrages, der bisherigen Gewohnheit Rechnung tragend, die Gelegenheit mit der Firma auf gutlichem Wege zu regeln, doch jeder nur halbwegs anständige Unternehmer begrüßt. Herr Meindl ist von besonderem Holz geschnitten. Er will nicht verhandeln, er will diktieren, und verbat sich deshalb eine Vermittlung, sowie das Verreten seines Fabriktragnos. Weder der Fabrikarbeiterverband noch der bayerische Tonindustrieverband sei für ihn maßgebend; er tue, was ihm beliebt, die Angelegenheit habe einfach das Tarifamt zu entscheiden.

Herr Meindl war sich seines Sieges auf dem Tarifamt bewußt, denn wie könnte denn anders, als seine Arbeiter es wollen entschieden werden. Aber o weh! Seine Arbeiter haben für einen schlechten Vertreter erwählt. Wohl fühlend, daß er ein solche Sache vertritt, verließ ihn die Ruhe, und lauterwöchentlich er die Begründung des Antrages seiner bescheidenen Arbeiter vor. Die Ausführungen des Meindl brachten ihn dann vollends aus dem Gleichgewicht, und jetzt zeigte sich Herr Meindl in seiner ganzen Größe. Schimpfen, Voltern und Verleumdungen sollten die Arbeiter erdulden, mit der er den Antrag seiner Arbeiter begründete. Die Wucht seiner Begründung lag darin, daß er lauter Kleinbauern und Bauernsöhne beschäftige für die das Leben nicht so teuer ist und deshalb mit dem Lohn der Klasse III mit Leichtglut durchkommen. Auch sein 15-Meter hoher Abraum mußte mehrere Duzendmal herhalten, um dortum, daß sein Betrieb eine höhere Klasse nicht verlangen kann. Daß er aber dann eine Lehmanschaube von etwa 15 Meter hat und bestes Schmirmaterial ihm käuflich in seinem Betrieb bereinstellt, und mit seiner Fertigtware ungleichliche Schmirfonturen in ganz Südbayern betreibt, fällt nicht ins Gewicht. Aus seinem ganzen Wortdurcheinander ließ sich deshalb leicht erkennen, daß der gestellte Antrag nicht das Recht seiner Arbeiter, sondern nur ihm selbst war. Seine Arbeiter waren dann so „verblüfft“ und erfüllten seinen Willen durch die Unterzeichnung der Betriebsräte. Diese Erkenntnis dürfte auch beim Tarifamt vorhanden gewesen sein, denn es hat der Antrag abgelehnt. Herr Meindl ist also mit dem Antrag seiner Arbeiter abgefallen. Aber einen Gewinn trägt Herr Meindl dennoch davon, denn er erzieht vom Landesbesten Herrmann als Vorsitzender des Tarifamtes eine eingehende Belehrung darüber, daß der Tarif allgemeinverbindlich und der Lohn nicht abdingbar sei, daß weder der Betriebsrat bestimme, noch die Arbeiterschaft in der Lage ist, untertarifliche Abmachungen zu treffen. Der Betriebsrat ist vielmehr verpflichtet, für die Einhaltung des Tarifes zu sorgen. Bei dieser eindringlichen und einwandfreien Belehrung wurde das Gesicht des Herrn Meindl ausbleichender. Sehr erstaunt darüber, daß die kleinen Arbeiter gegenüber seiner Einbildungskraft kein Terror hervorgehen ließ, verließ er zornbeben den Tarifamt so unheimlichen Eindruck.

Herr Meindl, der das Glück hatte, sich während der Produktion einen großen Betrieb mit den modernsten Einrichtungen zu erstellen, ist unersättlich, und zwingt auch seine Arbeiter, dazu zu sein. Wer es wagt, sich einer Organisation anzuschließen, dem fliegt nicht nur das Geld, sondern die Arbeit auch. Damit er in seiner Rührigkeit und Unzulänglichkeit nicht gestört wird, beschäftigt er fast durchweg Kleinrentner und Bauernsöhne, die für Wesen und Ziele der Organisation noch kein Verständnis haben. Mit solchen Arbeitern ist es ihm möglich, die größte Schmirfonturen zu betreiben. Herr Meindl verachtet die Verhältnisse seiner Industrie und seine Arbeiter zwingt er, diese für die Ziegeleibitzer zu übernehmen zu verwickeln. Aber, Herr Meindl: Ihre Verhältnisse sind noch nicht in den Himmel gewachsen, das Blatt wird sich einmal wenden, und ihr Arbeiter werdet auch einmal schämen, wenn eure Nachkommen euch vorhaben, daß ihr nicht den Lohn aufbrachtet, an der Verbesserung der gewiß nicht beneidenswerten Lage der Ziegeleibitzer mitgewirkt zu haben. Kommt die Zeit, wo ihr es noch bitter bereuen werdet, daß ihr euren Nachbarn in den Rücken gefallen seid.

Rheinische Ziegeleibitzer.

Nach dem im Vorjahre gefällten Schiedspruch für die Rheinische Ziegeleibitzer sollen die Parteien im Februar 1928 zusammenzutreten, um über den Abschluß eines neuen Kollektivtarifes zu verhandeln. Diese Bestimmung ist aber zwischen den Parteien im Vorjahre nicht geworden, da es zu keiner Unterzeichnung des Tarifvertrages nicht gekommen ist. Die Parteien haben sich streng an die damals durch Schiedspruch festgelegten Bestimmungen gehalten, während der Arbeitgeberverband die ihm unangenehmen Vereinbarungen im Vertrag nicht aufgenommen hat und die Gewerkschaften es ablehnten, einen solchen einseitig geänderten Vertrag zu unterzeichnen. Nunmehr versucht der Arbeitgeberverband, sich an diese Bestimmung zu halten und hatte die Tarifparteien Anfang Februar zu einer unehrlichen Aussprache eingeladen. In Verhandlung bewachte sich in demselben Geiste wie im Jahr 1927. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Herr Gabel, sah als einzigen Ausweg zu einem besseren Einverständnis zwischen den Tarifparteien zu kommen, wenn auch in der nächsten ein einheitliches Tarifgebiet mit Westfalen geschaffen wird. Die Durchführung dieser Unternehmungen kann praktisch bedeuten, daß wir ein Tarifgebiet von Westfalen bis nach und nach darüber hinaus bekommen würden, mit einem Stundenlohn, der den landlichen Verhältnissen mehr entspricht, als dem Lohnniveau der Großstädte mit ganz anderen Verhältnissen. Wegen einer dringenden Schiedspruch wollten wir jetzt werden und Mittel und Wege finden, die

Wahrscheinlich der Unternehmer zu durchsetzen. Aus dieser Sach-
sachen der Arbeitgeber, die nur zu dem Zwecke erfolgte, die
Meinung der Gewerkschaften festzustellen, konnte nach Lage der
Verhältnisse nur eine ablehnende Antwort erteilt werden. Wir
haben den Vertretern des Arbeitgeberverbandes ganz offen er-
klärt, daß wir es rundweg ablehnen müssen, jetzt schon in Lohn-
verhandlungen einzutreten, wo unsere Mitglieder in ihrer über-
wiegenden Mehrzahl noch gar nicht in Arbeit stehen, um einen
Anspruch abzuschießen.

Bei der Aussprache hat es uns eigenartig berührt, daß der
Schriftführer des Verbandes, Herr Dr. Fröh, sein Wort zu den
aufgeworfenen Fragen des Herrn Hegels gesetzt hat. Die Biege-
leien sind aus dieser Einstellung der Biegeleibesitzer, daß bei den
kommenden Lohnverhandlungen im Frühjahr d. N. es zu schwe-
ren Auseinandersetzungen kommen wird. Trotz glänzender Kon-
junktur im Vorjahre, die auch für das Jahr 1923 anhält, ver-
stehen die Arbeitgeber den schärfsten Lohndruck auf der ganzen
Seite gegen die Biegeleiarbeiter anzuwenden. Die Firma Dah-
men und Jordan & Co. haben bereits mit der Fabrikation be-
gonnen, und auch auf den übrigen Biegeleien trifft man die
Vorbereitungen für die Inbetriebnahme der Biegeleien. Dar-
aus können die Biegeleibesitzer schließen, daß auch das Jahr
1923 für die Biegeleibesitzer ein gutes sein wird. An den Ar-
beitern liegt es, sich restlos zusammenzuschließen, damit auch das

Jahr 1923 für die Biegeleibesitzer als ein Jahr des Aufstieges
bezeichnet werden kann. Sine in den keramischen Bund!
R. Hertwig.

Bergisch-Neukirchen.

Die Dampfziegerei Auh. Tillmanns in Bergisch-
Neukirchen sucht Bieglern in Vielesch und in Detmold. Es
müßte nochmals darauf hingewiesen werden, daß in diesem Betrieb
Differenzen bestehen. Der Betrieb hat rationalisiert, dabei hat
der Betriebsinhaber eigenmächtig, ohne das Einverständnis der
Bergische zu haben, die Arbeit eingestellt, für die kein Mensch
arbeiten kann. Die Leute stellen eine Leistung von wöchent-
lich 150.000, d. h. täglich 25.000 Steine fertigbringend. Das
hat sich in zehnminütiger Eile als unmöglich erwiesen. Der
Unternehmer verlangt aber brutal, die Leistung ist zu voll-
bringen; dabei beachtet er mit Entlassung. Da die Leute dieses
Quantum bei bestem Willen nicht leisten konnten, wurden die
Leute entlassen und neue Leute eingestellt. Nun hat der In-
haber den Entlassenen den im Arbeitslosenversicherungsgesetz
vorgeschriebenen Entlassungsschein mit Entlassungsgrund ver-
weigert. Naturgemäß haben dadurch die Arbeiter bei der Er-
werbslosmeldung die größten Schwierigkeiten. Wir warnen die
auswärtigen Bieglern, bei der Firma Tillmanns, Bergisch-Neu-
kirchen, Arbeit anzunehmen. Storp, Wiesdorf.

Aus dem Verbandsleben.

Dresden: Jahresgeneralversammlung.

Die außerordentlich stark besuchte Jahresgeneralver-
sammlung der Zahlstelle Dresden des Fabrikarbeiter-Verbandes
Deutschlands am 27. Januar 1923 im Dresdener Volkshaus
hatte sich folgender Tagesordnung zu beschäftigen:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1922.
2. Wahl der kleinen Ortsverwaltung für das Jahr 1923.
3. Erledigung von Anträgen.
4. Verbandsangelegenheiten.

In Punkt 1 der Tagesordnung gab der Bevollmächtigte,
Kollege Grafe, den Geschäftsbericht über das vergangene
Geschäftsjahr 1922. Im Gegensatz zur Stagnation des Vor-
jahres hat auch in unserer Zahlstelle die Aufwärtsbewegung er-
greifliche Fortschritte gemacht. Die Anfang des Jahres 1922
noch immer große Arbeitslosigkeit ging im Laufe des Jahres
zurück. Diese günstige Entwicklung hat mit Ausnahme der
Eisenbahnen der Saisonbetriebe bis Ende des Jahres angehalten.
Aufbewegungen sind in 87 Gruppen mit circa 17.000 beschäf-
tigten Arbeitern und Arbeiterinnen geführt worden. In keiner
dieser Gruppen war die Bewegung erfolglos. Es wurde eine
durchschnittliche Lohnerhöhung von 8 M. für Männer und
von 12 M. für Frauen erzielt, so daß der Durchschnittslohn
bei ungelernten Arbeiter in unserem Zahlstengelbiet mit
69 Pf. pro Stunde, und bei den Frauen mit 52 Pf. gehoben
wurde.

Für die infolge der Steigerung der Lebenshaltung wieder
entstandenen Lohnrücklagen durch arbeitsrechtliche Regelung
zu Ausgleich herbeizuführen, ist nur in wenigen Fällen ge-
lungen und wird deshalb mit Ablauf der Verträge mit Nach-
druck angestrebt werden. Starke Anwälungen in bezug auf
Lohn und Bewertung von Mehrarbeit, zu welchem die neue
Arbeitszeitverordnung Anlaß gab, sind in fast allen In-
dustriegruppen zu verzeichnen. Auch hier wurde in den meisten
Fällen eine den Interessen der Arbeiterschaft entsprechende Re-
gelung erzielt.

Nach statistischen Erhebungen arbeiteten in unserem Zahl-
stellenbereich 85 Proz. unserer Mitglieder in achtstündiger
Arbeitszeit, 13 Proz. in neunstündiger Arbeitszeit und 2 Proz.
darüber vorübergehend eine über neunstündige Arbeitszeit.
In 600 Betriebs- und Branchenversammlungen ist Agi-
tation und Aufklärungsarbeit geleistet worden. In 226 Fällen
wurde die Interessenvertretung durch Verhandlung mit
Arbeitgebern und vor den Schlichtungsausschüssen nötig, und
in 100 Fällen erfolgte Vertretung der Kollegen vor den Arbeits-
gerichten und Gewerbeaufsichtsamtern. Circa 42.000 Birkulare
wurden durch uns an die Mitglieder zur Verteilung, außer
den umfangreichen Korrespondenzen, welche mit Arbeitgebern und
Verbänden zu führen war.

Der durch die Angestellten unserer Zahlstelle seit November
1922 abgehaltene und noch laufende Bildungskursus wies leider
nicht die gewünschte Beteiligung der Kollegen und Kolleginnen
auf, welche im Interesse der Weiterbildung unserer Mitglieder
nötig wäre. Es soll aber auch in Zukunft auf diesem
Gebiet die gewerkschaftliche Schulung durch Vortragsführung der Kurse
betrieben werden. Eine Anzahl unserer Funktionäre
wurde zu 14tägigem Unterricht nach unserer Verbandschule
in Magdeburg, Hannover, und eine Kollegin nach der staatlichen
Arbeitschule Berlin geschickt werden.

Weiter wurden durch den Referenten eine Anzahl Ver-
träge von Vorparagrafen in bezug auf Arbeiterschutz, gestrichelte
Löhne und schwebende Differenzen in den einzelnen Industrie-
gruppen zum Vortrag gebracht, deren Erledigung treffend den
Interessen der Organisation flüssigsten.

In der Mitgliederbewegung haben wir unseren Bestand
auf circa 11.000 Mitgliedern behaupten können. Leider ist die
Attrition noch immer eine ziemlich große und spiegelt sich in
den monatlichen Statistiken über Eintritte und Austritte der ein-
zelnen Industriezweige wieder.
Der vom Kollegen Suhn erstattete Kassenbericht für das
vergangene Geschäftsjahr wies ebenfalls ein günstiges Resultat
auf. Sowohl die Beitragsleistung mit 523.519 abgabten Belä-
gen, einer Beitragsleistung von 12,02 im Quartal, als
auch die Beitragshöhe mit durchschnittlich 87 Pf. pro Mitglied,
als gut zu bezeichnen und hat sich in den letzten Monaten
noch günstiger ausgewirkt. Der 461.000 RM betragenden
Einnahme der Hauptkasse steht eine Gesamtausgabe von
380.000 RM gegenüber. Dagegen verteilt sich zu 27 Proz. auf
die Zahlstelle, 35 Proz. für die Lokalkasse und zu 38 Proz. Ver-
bänden an den Hauptverband. Den gleich günstigen Stand
der Lokalkasse mit einer Steigerung des Kassenbestandes
um 25 Proz. der Gesamteinnahme auf. Das eingeleitete Mahn-
verfahren hatte ebenfalls günstigen Erfolg, indem ein großer
Teil der ausgetretenen und gestrichenen Kollegen zurückgewonnen
werden konnte.

Beide Berichte wurden debattelos von der Generalver-
sammlung zur Kenntnis genommen und der vom Kollegen Dano ge-
legte Entlohnungsantrag für den Kassierer einstimmig angenom-
men. Die Wahlen zur Ortsverwaltung ergaben folgendes
Ergebnis: Von 372 abgegebenen Stimmen er-

Dauer, Holz-Industrie	365
Junge, Holz-Industrie	364
Frau, Papier-Industrie	363
Lachmann, Beton-Industrie	362
Pohle, Textil-Industrie	361
Banno, Porzellan-Industrie	360
Saxter, Gummi-Industrie	359
Danitz, Textil-Industrie	358
Franz, Textil-Industrie	357
Kalchauer, Holz-Industrie	356
Kammerling, Textil-Industrie	355
Linde, Holz-Industrie	354
Mittag, Textil-Industrie	353
Wagner, Textil-Industrie	352
Schiff, Textil-Industrie	351
W. Klein, Textil-Industrie	350
W. Klein, Textil-Industrie	349
W. Klein, Textil-Industrie	348

In Punkt 3 Anträge lag ein Antrag der Ortsverwaltung
über den Inhalts vor:

„Die Generalversammlung wolle beschließen, durch Ableben
einer Extramarkte und entsprechenden Zuschüssen aus der
Lokalkasse den Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen unserer
Zahlstelle eine angemessene Weihnachtsunterstützung gewähren
zu können.“

Kollege Schnieker, ehemaliger Bevollmächtigter der
Zahlstelle Freital, wandte sich gegen diesen Antrag und ver-
sicherte, daß keine Stellungnahme nicht durch mangelnde Soli-
darität diktiert sei, sondern er aus prinzipiellen Gründen ein
Gegner der Unterstützungsanstalten der Gewerkschaften sei.
Dem State würden damit durch die Gewerkschaften Latzen ab-
genommen, die er zu tragen habe und Mittel entgegen, die für
den Kampf aufgewendet werden sollen.

Nach Aussprache, an welcher die Kollegen Pöhl, Junge,
Panno, Schällich, Erler, Seel, Mürtlich und Sauter sich
beteiligten, die sich teils für und teils gegen den Antrag aus-
sprachen, wurde derselbe mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Unter allgemeinen Angelegenheiten wurde vom Kollegen
Mager nachweislich auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Be-
triebsrätewahl hingewiesen.

Kollege Grafe teilte mit, daß im März unser Stiftung-
fest stattfindet, ersuchte um rege Beteiligung und forderte in
seinem Schlusswort zur Mitarbeit aller im neuen Geschäfts-
jahr auf.

Kottbus-Senftenberg, Generalversammlung.

An der Generalversammlung der Bezirkszahlstelle Kottbus-
Senftenberg am 20. Januar 1923 im Volkshaus in Kottbus
nahmen 55 Delegierte bzw. Vertreter des Verbandes teil.

Aus dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß die Gesamt-
einnahme der Hauptkasse im Jahre 1922 353.955 RM betrug.
Die Ausgaben in gleicher Höhe setzten sich wie folgt zusammen:
an Unterstützungen 70.437,90 RM
die Anteile der Lokalkasse 81.470,52 RM
der Hauptkasse eingeleitet wurden 38.157,57 RM

Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse der Bezi-
rkszahlstelle balancieren in einer Höhe von 69.459,04 RM
Die Ausgaben betragen 69.216,74 RM
Der Kassenbestand betrug 292,30 RM

An Beiträgen wurden geleistet 201.848 Stk.; dies entspricht
einer durchschnittlichen Beitragsleistung von 51,80 pro Mitglied.
Die durchschnittliche Beitragshöhe betrug 88,89. Der Bericht
legte davon Zeugnis ab, daß durch sparsame Wirtschaft es
möglich war, den Bestand von 12.920,92 RM innerhalb des
Berichtsjahres auf obigen Bestand zu erhöhen. Die Kassen-
revisionen gaben zu Beanstandungen keinen Anlaß.

Der Geschäftsbericht ergab den Nachweis erfolgreich ge-
leiteter Organisations- und Werbearbeit. Es ging weiter dar-
aus hervor, daß das Jahr 1922 ein wirtschaftliches Kampfsjahr
zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die
Arbeiterschaft in den für die Organisation zuständigen In-
dustrien gewesen ist. Zur Schulung und Belehrung der Funk-
tionäre und tätigen Verbandsmitglieder wurde von der Bezi-
rkszahlstelle das Notwendige getan.

In allen für den Fabrikarbeiterverband zuständigen In-
dustriezweigen fanden im Jahre 1922 Tarifverhandlungen statt;
bei allen Abschließen konnten Lohnerhöhungen und sonstige Ver-
besserungen im Arbeitsverhältnis erreicht werden. Eine gün-
stige Geschäftskonjunktur war in allen Industriezweigen vor-
handen. Deswegen fanden auf Grund der Arbeitszeitverord-
nung tarifliche Vereinbarungen über die Verringerung der
Arbeitszeit statt. Auch hierbei konnten im allgemeinen für die
Arbeitnehmer günstige Vereinbarungen getätigt werden.

Die geleistete Arbeit für die Organisation innerhalb der
Bezirksstelle geht aus folgenden Veranstaltungen im Laufe des
Jahres 1922 hervor. Danach wurden abgehalten: 1 Gau-
konferenz, 8 Bezirkskonferenzen, 2 Branchenkonferenzen, 1 Ge-
neralversammlung, 5 Sitzungen der erweiterten Ortsverwal-
tung, 1 Sitzung der engeren Ortsverwaltung, 12 Kassenrevisi-
onen, 223 Mitgliederversammlungen, 292 Betriebsversammlungen,
151 Funktionärsitzungen, 133 sonstige Sitzungen und
Besprechungen, 130 Verhandlungen, 62 Schlichtungsverhandlungen,
142 Vertretungen vor Amts- und Arbeitsgerichten.

Die Arbeit im Bezirksbüro ergibt sich aus 3255 Postein-
gängen und 3299 Postausgängen.

Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 1922:
3676 männliche, 795 weibliche, in Summa 4471 Mitglieder; am
Schluß des Jahres 1921: 4616 männliche, 937 weibliche, in
Summa 5553 Mitglieder. Mitkin ist ein Mehr von 1092 Mit-
gliedern zu verzeichnen. Innerhalb der uns zuständigen In-
dustrien und Betriebe sind 66,28 Proz. (im Vorjahre 62,71 Proz.)
Arbeiter organisiert.

Die vorliegenden Anträge, mit welchen sich die General-
versammlung zu beschäftigen hatte, wurden entsprechend den
Vorstellungen der erweiterten Ortsverwaltung der Bezirkszahl-
stelle erledigt. Unter anderem fand der Antrag auf Einver-
lebung des Bezirksbüros von Kottbus nach Kottbus die Zustim-
mung der Generalversammlung.

Der Vertrag des Leiters, Kollegen Pöhl, Berlin,
über die bevorstehenden Aufleben im Jahre 1923 war für jeden
Teilnehmer der Generalversammlung von außerordentlicher
Wichtigkeit. Der Vertrag gab den Funktionären Einblick in die
bestmögliche Wirtschaftsweise der Industrie, sowie in die bestmög-
lichen Auswirkungen der Kartelle, Syndikate und Trusts.

Die Wahl der erweiterten Ortsverwaltung der Bezi-
rksstelle ergab bis auf einen Kollegen die Wiederwahl der bis-
herigen Mitglieder der Ortsverwaltung.

Im letzten Punkt der Tagesordnung wurde dem Geschäfts-
führer, dem Kollegen Kerstan, auf die bevorstehende Wahl
der Betriebsräte in den einzelnen Betrieben mit der Wohnung
hingewiesen, nur bewachte Verbandsmitglieder dafür zu wählen.

Mit dem Hinweis auf die bevorstehenden und schweren Kämpfe,
welche im Jahre 1923 zu erwarten sind, schloß der Kollege
Kerstan die Generalversammlung.

Münchener Generalversammlung.

Die Zahlstelle München hielt am 20. Januar 1923 im Ge-
werkschaftshaus ihre ordentliche Jahresabschluss-Vereiner-

ammlung ab, die fast vollständig besucht war. Vor Eingang in
die Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß im ver-
gangenen Jahr 48 Kolleginnen und Kollegen, darunter der Kollege
Kraus durch den Tod aus den Reihen unserer Mitteilhaber-
gerissen wurden. Die Ehrung erfolgte in der üblichen Weise.
Nach Verlesen des Protokolls gab Kollege Leberer den Ge-
schäftsbericht. Er bezeichnete das vergangene Jahr als ein Jahr
kapitalistischer Hochkonjunktur, denn die arbeitende Bevölkerung
hat davon wenig Nutzen gezogen. Wohl ist im Laufe des
Jahres eine Verminderung der Erwerbslosen eingetreten, aber
die im Frühjahr, durch die Gewerkschaften etwas gehobene
Kaufkraft der Löhne, wurde durch die volkswirtschaftlichen Preis-
und Lohnpolitik wieder vernichtet, so daß die Arbeiterschaft ihre
Lage nicht merklich verbessern konnte. Die kapitalistische Kon-
junktur zeigte sich am besten in der Entwicklung des Aktien-
marktes der einzelnen Industrien. Mehrere zeigte davon einige Bei-
spiele. In Vorausahnung der guten Konjunktur wäre zweifel-
los diese Entwicklung noch höher getrieben worden, wenn nicht
der sogenannte schwarze Freitag gekommen wäre. Geleitet
wurde diese Entwicklung außerdem auch durch die Politik
der gegenwärtigen Regierung. Die Hauptgewinner dieser Poli-
tik waren vor allen die Konditate der Schwerindustrie und die
Großbetriebe der Landwirtschaft. Dazu kam noch die Gewinn-
sucht der einzelnen Unternehmungen, die die geringen Lohn-
erhöhungen zum Anlaß unangerechtigter Preissteigerungen be-
nutzten. Es ist festgestellt, daß einzelne Industrien Preis-
steigerungen bis zu 25 Proz. vorgenommen haben. Während
man also, auf der einen Seite unter Mithilfe der staatlichen
Schlichtungsinstanzen die berechtigten Forderungen der Ar-
beiterschaft abwürgt, kann sich auf der anderen Seite der Preis-
wucher ohne jedes Hindernis ausbreiten. Kollege Leberer gab
dann einen Rückblick über die großen Kämpfe vom vergange-
nen Jahr. Innerhalb unseres Zahlstengelgebietes sind wir
ohne größere Kämpfe durchgekommen. Lohnbewegungen hatten
wir in allen uns zustehenden Industrien und Betrieben. Die
Ergebnisse bewegten sich zwischen 5 und 10 Proz. Der Ge-
schäftsgang in den uns zustehenden Industrien war durchwegs
gut. Eine Ausnahme gab es nur in zwei Betrieben der Papier-
industrie, die einigen Schwankungen unterworfen waren. In-
folge Anstrittens des Arbeitszeitgesetzes waren in allen In-
dustrien Verhandlungen wegen Vereinfachung der Arbeitsver-
hältnisse notwendig. Nicht überall war es uns möglich, einen
Zuschlag von 25 Proz. für dieselben durchzusetzen. In dem am
1. Juli 1922 in Kraft getretenen Arbeitszeitgesetz machte
der Kollege längere Bemerkungen, indem er dessen Bedeutung
sowie die bisherigen Erfahrungen auf Grund vorhandener
Streitfälle schilderte. Anschließend wies er noch auf das Ar-
beitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetz hin, welches
als weiteres sozialpolitisches Gesetz im Berichtsjahr in Kraft
getreten ist. Die Tätigkeit der Verwaltung kam durch folgende
Zahlen zum Ausdruck: Es fanden statt: 4 Vertreterversammlungen,
3 Funktarifversammlungen, 28 Bezirksversammlungen,
150 Betriebsversammlungen, 23 Sitzungen, 80 Verhandlungen
mit Arbeitgebern, Schlichtungsausschüssen und Tarifstreb-
gerichten, 4 Verhandlungen am Arbeitsgericht und Amtsgericht,
2 Konferenzen. In den am Arbeitsgericht und Amtsgericht
abhängig gemachten Fällen wurde insgesamt eine Entschädigungs-
summe von 14.939 RM herausgeholt. Der Mitgliederbestand
betrug am Schluß des Jahres 2554 männliche und 2646
weibliche, zusammen 5200 Mitglieder. Die Einnahmen der
Hauptkasse betragen 178.898 RM. An Unterstützungen wurden
insgesamt 46.989,80 RM ausbezahlt. Die Lokalkasse schließt
mit einem Kassenbestand von 10.469,14 RM ab. Nach einem
kurzen Rückblick auf das kommende Jahr schloß Kollege Le-
berer seinen Bericht.

In der anschließenden Diskussion, an der sich mehrere Kol-
legen sehr eifrig beteiligten, billigten sämtliche Redner die
Tätigkeit der Verwaltung. In den Ausschub wurden gewählt
die Kollegen: Schid, Josef, Steinbacher, Ferdinand, Weisbach,
Jakob, Korster, Johann, Miss, Josef, Maier, Johana, Weg-
mann, Max, Nebelmaier, Sebastian, Ros, Johann und die Kol-
leginnen: Arnold, Marie, Meberer, Theresie, Stolz, Kathi und
Wörkel, Theresie.

Waldenburg - Generalversammlung.

Die Generalversammlung der Zahlstelle Waldenburg des
Verbandes der Fabrikarbeiter (Keramischer Bund) im „Eisernen
Kreuz“ in Waldenburg-Mittelfeld war von 54 Delegierten be-
sucht. Vom Hauptortstand in Hannover war der Verbands-
vorstand, Kollege Thiemig, erschienen. Nach Erledigung der
geschäftsordnungsmäßigen Angelegenheiten erstattete der Ge-
schäftsführer, Kollege Kühn, seinen Bericht. Folgend ist zu
entnehmen, daß das Jahr 1922 für die Bezirkszahlstelle Walden-
burg ein Jahr der Aufwärtsentwicklung gewesen ist.

Die Arbeiterschaft konnte im Frühjahr zur Offensive über-
gehen und für alle Branchen Lohnverhandlungen und auch ein-
zelne Verbesserungen der Mantelverträge erreichen. Der große
Kampf in der Porzellanindustrie im März des
Berichtsjahres war das wichtigste Ereignis in den
Kämpfen um die Verbesserung der sozialen Lage. Staatliche
Betriebe der niederschlesischen Schwerindustrie waren an dieser
Bewegung beteiligt. Da die Arbeiter nicht selbst zum Streik
übergingen, griffen die Unternehmer erstrebend dem Verzicht
ihrer Organisation zur Ausbeutung. Die Erfolge dieses
Kampfes waren Lohnverhandlungen von 6 bis 10 Proz. und im
Oktober 2 Proz. auf die Lohnsätze. Beim Mantelvertrag gelang
es nicht nur, die weitgehenden Verschlechterungen, die die Arbeit-
geber planten, abzuwenden, vielmehr wurden verschiedene Ver-
besserungen erzielt. Auch in der Frage der Mehrarbeit und der
Überstundenzuschläge war ein Erfolg zu verzeichnen.

Dieser Kampf war der erste, den die Porzellanarbeiterschaft
nach der Verleumdung zum Keramischen Bund im Fabrik-
arbeiter-Verband durchzuführen hatte. Es kann gesagt werden,
daß hierbei die neue Organisation ihre Generalprobe glänzend
bestanden hat. Die Unternehmer waren auf einen derartig
disziplinierten und finanziell auf fundierten Kampf nicht gefaßt.

Eine in der Spiegelglasindustrie durchgeführte Lohnbewe-
gung erzielte ebenfalls eine Lohnerhöhung von 4 1/2 bis 7 1/2 Proz.
In ähnlicher Form gestalteten sich die Bewegungen in anderen
kleineren Industrien im Bereich der Zahlstelle. Da die Lan-
dauer dieser Verträge allgemein zum Frühjahr zum Ablauf
kam, steht die Organisation erneut vor größeren Bewegungen.
An der Einsicht der Unternehmer wird es liegen, ob diese Be-
wegungen zu schweren Kämpfen führen. Es kann nicht bestritten
werden, daß die nun fast ein Jahr in Geltung befindlichen
Löhne durch die inzwischen erfolgte Steigerung aller Lebens-
haltungskosten längst überholt sind.

Die Durchführung des Arbeitszeitgesetzes war ebenfalls in
weitestgehendem Maße gesichert. Mit wenigen Ausnahmen
hielten sich die Betriebe an die von der Gewerkschaft getroffenen
Abmachungen über Mehrarbeit. Die durchschnittlichen Klassen
wurden bis auf ganz wenige zu einem günstigen Abschluß für
die klagenden Kollegen gebracht.

Die Bildungsarbeit machte weitere Fortschritte. In der
Vorbereitung der Teilnehmer beteiligten sich auch Kollegen aus
dem Bezirk Waldenburg. Auch an den sonstigen Bildungs-
kursen innerhalb des Bezirks war die Anteilnahme der Kol-
legenschaft eine recht gute. Es ist geplant, die Lehrlinge und
Jugendlichen zu einer Gruppe in der freien Gewerkschafts-
arbeit zusammenzufassen, um auch dort systematische Bildungs-
arbeit zu leisten.

Das Versammlungswesen war lebhaft und die Tätigkeit der
Angehörigen in bezug auf Teilnahme an Sitzungen, Konferenzen,
Schlichtungen usw. sehr ausgeprägt.
Nachdem Kollege Kühn der Zahlstelle des Berichtsjahres
und der Versammlungsbereitschaft gedankt hatte, schloß ein Rück-
blick über die Mitgliederbewegung. Daraus ist zu entnehmen,

das ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen ist. Waren am Schluß des Jahres 1926 3400 Mitglieder im Bezirk vorhanden, so konnten am Schluß des Berichtsjahres 4282 Mitglieder gezählt werden. Das ist eine Zunahme von 882 Mitgliedern = 26 Proz. Ebenso ist die finanzielle Entwicklung der Zahlstelle günstig.

Infolgedessen berichtete Kollege Schneider über die Tätigkeit des Zweigbüros in Saarau. Auch hier konnte eine reiche und ausbringende Arbeit für die Mitgliedschaft geleistet werden. Die von dem Kassierer der Konferenz vorgetragene Zahlen über die Beitragsleistungen, Einnahmen, Ausgaben und geleisteten Unterstufungen waren ein Beweis für die gesunde finanzielle Entwicklung. Der aufopfernden Tätigkeit der Unterstufener wurde hierbei anerkannt gedacht.

In der Diskussion, in der verschiedene Wünsche für die kommende Zeit vorgebracht wurden, fanden die Geschäftsführung und die Jahresberichte allgemeine Billigung und Anerkennung.

Die Neuwahl der Verwaltung hatte folgendes Ergebnis: Kühn, Bunte und Schneider (Bevollmächtigte); Kleinger, Hippe und Tilsch (Revisoren); Habed, Eison, Waller, Nagel, Gabler und Buchmann (Beisitzer).

Am Ende hielt der Verbandsvorsitzende, Kollege Thiemig, Hannover, ein groß angelegtes Referat über „Die Verschmelzung, ihre Ergebnisse und Erfolge“. Er verwies besonders auf das durch die Verschmelzung gestiegene Ansehen der neuen Organisation und auf die in den letzten 1 1/2 Jahren bereits gut erprobte Kampfstärke der vernehmlichen Verbände. Weitere Einzelheiten aus diesem Referat sollen hier nicht angeführt werden. Es kann jedoch gesagt werden, daß wohl jeder Delegierte aus den Ausführungen des Referenten den Eindruck gewonnen hat, daß die Vereinigung der drei Verbände (Fabrik-, Porzellan- und Glasarbeiterverband) von größtem Wert für die Schlagkraft und Widerstandsfähigkeit des Gesamtverbandes gewesen ist. Daß dies weiterhin so bleiben soll, dazu müssen alle Mitglieder beitragen.

Nach einer die Ergebnisse der Tagung kurz zusammenfassenden Schlußansprache schloß Kollege Kühn mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband und die Bezirkszahlstelle in Saarburg die erfolgreiche Tagung.

Zahrgeneralsammlung der Bezirkszahlstelle Weiswasser (D.-L.)

Unter Teilnahme von 68 Delegierten, vier Zahlstellenangehörigen und dem Branchengangleiter fand am 5. Februar im „Turnerheim“ die vom Kollegen Lange geleitete Generalversammlung der Bezirkszahlstelle Weiswasser statt. In eindrucksvoller Weise schilderte er in seinem Bericht das durchgeführte Aufgabengebiet des Verbandes und der Zahlstellenleitung, das immer mehr die vorteilhafteste Wirkung der Verschmelzung hervorbringt. In allen dem Verband angeschlossenen Branchen war es möglich, Verbesserungen der Löhne von 4 bis 12 Proz. durchzuführen und auch die Arbeitszeit zu verkürzen. Mit allen Mitteln verjuchten die Unternehmer die Anwendung der achtstündigen Arbeitszeit zu verhindern und alle Paragraphen der A.B.G. wurden zu diesem Zweck herangezogen. Jedes Mittel erschien recht, um den beabsichtigten Zweck zu erreichen, wenn der Arbeiter es nur nicht merkt. Dafür sorgten aber die Funktionäre, die über die gewissenhafte Durchführung der abgeschlossenen Vereinbarungen wachten. Deshalb geht auch die Kleinarbeit der Funktionäre unter vollste Anerkennung, die „Anschläge“ aus Unkenntnis entstanden, im Entgegen bereits unterdrückt. In Fragen vor den Tarifkommissionen und vor dem Arbeitsgericht legen Zeugnis davon ab, daß ohne die gewerkschaftliche Vertretung mancher Arbeiter um sein Leben gekommen wäre. Nicht zuletzt trägt diese allmähliche Erkenntnis dazu bei, daß das Vertrauen zu den Gewerkschaften wieder im Steigen begriffen ist, was durch die Mitgliederzahl bewiesen wird, die von 1929 auf 7160 im Berichtsjahr gestiegen ist. Dieser Umstand und das Streben nach Konzentration der Kräfte macht es immer notwendiger, das geplante Volksheim in diesem Jahre zu erbauen, zu welchem Zwecke die Mittel bereits zur Verfügung gestellt wurden, damit entsprechende Büropunkte für die Zahlstellenleitung geschaffen werden können. Die gleiche günstige Entwicklung weist auch der vom Kollegen Fiebig gegebene Kasienbericht auf. Der vorhandene Kasienfonds von 3000 RM geht von Ostermontag und erstem Streben der vielsigen Kollegenschaft, die Vorsorge trifft, um den kommenden Kämpfen gewachsen zu sein. Die Jahreserinnern in der Hauptkasse betragen 302.029 RM, die Ausgaben 189.12 RM, so die Hauptkasse wurden gesamt 136.163,96 RM zurück. Die Beitragsleistung betrug im 4. Quartal 1927 im Durchschnitt 135 pro Mitglied. Ein Bezirkszahlstellenrat, das den Aufbau, die Verwaltung und alle Grundzüge einer voranschreitenden Führung einer bedeutenden Zahlstelle in sich schließt, wurde einstimmig beschlossen. Für die Verbandsschule in Weiswasser werden auf Antrag der Ortsverwaltung einhundert 50 RM bewilligt, die dazu verwendet werden sollen, zur Anschaffung des seines einige Glaswaren zu erwerben. Zur Förderung der Bildungsbestrebungen wird die Ortsverwaltung beantragt, einen Vorkursus zu erwerben, der in den Bereich der Aufführung gestellt werden soll, um auf diese Art das Interesse auch heranziehen zu werden, die bisher noch nicht gewonnen werden konnten. Auch der letzte Mann muß gewonnen werden, betonte Kollege Lange in seinem Schlußwort, und erst im Jahre 1928 soll kein, unierter Mitgliedsbeitrag und den Verband wiederum um Einkommen zu steigern. Erst wenn alle organisiert sind und der Arbeiter neben der materiellen Sicherheit auch die ideale hat, daß er sich auf den neben ihm tätigen Kollegen voll und ganz verlassen kann, wird das zu erreichen sein, was wir erstreben: Den denkbar höchsten Anteil am Arbeiterlohn und Überführung der privatrechtlichen in die sozialistische Wirtschaft. Robert Kurzweil.

Witzberg (Generalsammlung)

Am 29. Januar wurde im „Gewerkschaftshaus“ die Jahresversammlung der Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes in Witzberg abgehalten. Nach Eröffnung der im Jahr 1927 durchgeführten Mitglieder wurde die Tagesordnung erledigt. Aus dem berichteten Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß die Zahlstelle im vergangenen Jahr vorwärts entwickelt hat, was der Gebiet der freigewerkschaftlichen Tätigkeit. Die Zahlstelle hat sich um 150 Mitglieder erhöht, so daß jetzt 152 männliche und 316 weibliche Mitglieder im Mitglieder vorhanden sind. Auch die finanzielle Lage der Zahlstelle hat sich gegenüber dem Vorjahre, wenn gebessert. Die Abschreibung der Vermögensgegenstände in der Finanzrechnung und die Abrechnung mit 1927 RM. In Unterstufen wurden 1927 RM angesetzt. Schmutzen, Verhandlungen, Revisionen und Kontroversen wurden mit angebahnt. 22 Unterstufen sind dem Arbeits- und Arbeitsgericht anhängig. Die Unterstufen werden von den Mitgliedern zu ihrem Recht zu verhelfen. In Anbetracht der Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Arbeitsrechte, der Sozialversicherung usw. wurden 1927 RM angesetzt. Auch hier zeigt es sich, daß die Mitglieder eine tatkräftige Hilfe von Seiten der Organisation erhalten.

Bei der Verwaltung wurden die bisherigen Ortsverwaltung mit ein Vertreter der Arbeiterklasse zu ernennen. Unter dem Vorsitzenden wurde eine Ausschüsseung einberufen, in welcher dem Kampfen in der mitteilbaren Wirtschaft die volle Kompetenz in ihrem vollen Maße ausgesprochen wird. Weiter wurde bekanntgegeben, daß das „Gewerkschaftshaus“ in Witzberg der Gewerkschaft ist und angefordert, für die Unterstufen besondere Sorge zu tragen. Am Ende der Tagung, nach der Delegierten, auch im vergangenen Jahr alle Kräfte einwirkten, schloß der Kollege Gerber die gutgeleitete Versammlung.

Wissenschaftliches Rüstzeug.

Bearbeitet und zusammengefaßt von M. Abramowitsch-Festinoj. (Nachdruck sowie Uebersetzung ohne Genehmigung des Verfassers verboten.)

Zweiter Abschnitt.

Wert wird im alltäglichen Sprachgebrauch irrtümlicherweise sehr häufig mit ganz anderen Begriffen verwechselt. So z. B. ist mit der üblichen Redensart: „Es ist für mich von großem Wert...“ nicht eigentlich „Wert“, sondern „Belang“ gemeint. Ebensooft wird „Wert“ mit „Nutzen“ verwechselt. Alle diese Unterstellungen tragen nur dazu bei, den eigentlichen Inhalt des Begriffes „Wert“ zu verflüchtigen und zu verwirren. Der Begriff „Nutzen“ bezieht sich auf denjenigen praktischen Vorteil, der sich für jeden einzelnen ergibt, der von dem betreffenden Gegenstande Gebrauch macht; „Nutzen“ stellt sich also erst als Ergebnis des Gebrauchmachens (Nutzung) ein. Demgegenüber ist „Wert“ ein durchaus soziales (gesellschaftliches) Moment, welches darin gegeben ist, daß die Möglichkeit für den einzelnen besteht, der Nutzen der Arbeitsergebnisse des anderen zu werden. Maßgebend ist hier also lediglich die Möglichkeit der Nutzung, nicht aber die Gebrauchmachung selbst. Diese Möglichkeit, von dem Arbeitsergebnisse des anderen Gebrauch zu machen, entsteht aber erst, indem zwischen der Herstellung des Wertgegenstandes und seiner Verwendung eine (und sei es auch noch so geringe) Zeiträume sich einstellt; oder, mit anderen Worten: indem der betreffende Gegenstand aus Vorrat geschaffen wird. Das Vorratsschaffen ist folglich die unerlässliche Voraussetzung für das Zustandekommen jeglicher „materieller“, ob „geistiger“ Werte. Und somit ist „Wert“ — ein durch Arbeit geschaffener Vorrat an Verfügbarmöglichkeiten für irgendwelche gesellschaftliche Bedürfnisse.

Kultur bezieht sich nicht nur (wie bisweilen mißverständlich gemeint wird) allein auf das „geistige“ Leben in der menschlichen Gesellschaft, sondern auch auf alle anderen Gebiete des gesellschaftlichen Lebens und Schaffens. Man spricht — und mit Recht — auch von politischer und von wirtschaftlicher Kultur; ja sogar von einzelnen Teilgebieten der letzteren, wie z. B. von der Agrilkultur (landwirtschaftlicher Kultur). Kultur erstreckt sich also auf alle, sich voneinander so sehr unterscheidenden Gebiete des gesellschaftlichen Lebens. Das Wesen der Kultur läßt sich deshalb nur bestimmen, indem man diejenige Eigenschaft feststellt, die allen so sehr verschiedenen, jedoch zu Kultur schließlich gehörenden Dingen trotz all ihrer Verschiedenheit gleichermäßen eigen ist. Das einzige aber, was derartig verschiedenen Dingen wie beispielsweise künstlerischer Geist (geistige Kultur) und Pferdezucht (landwirtschaftliche Kultur) gleichermäßen eigen ist, ist der Umstand, daß jedes irgendeinen gesellschaftlichen Wert darstellt. Somit ist Kultur schließlich als Ganzes — die Gesamtheit der jeweilig bestehenden sozialen Werte.

Klassenkultur: In einer nach Klassen gegliederten Gesellschaft entspricht die Struktur (Art) der sozialen Werte stets der besonderen Struktur der von den betreffenden Klassen ausgehenden gesellschaftlichen Funktionen. In jeder Klassengesellschaft aber überwiegt stets irgendeine bestimmte Klasse, deren eigentümliche soziale Funktion im Vordergrund des gesellschaftlichen Lebens steht (Aristokratie; Landbesitzer, Mittelalter; Feudalherren, Gegenwart; Kapitalistenklasse, und der Werte-gesamtheit, oder, was dasselbe ist, der Kultur ihres Zeitalters das entsprechende Gepräge gibt. In diesem Sinne kann und muß man von den Zeitkulturen der verschiedenen Klassengesellschaften als von Klassenkulturen sprechen. Klassenkultur ist also nichts anderes als der durch die Sonderart einer bestimmten Klassenfunktion hervorgerufene und deshalb klassenmäßig eigenartige Kultur-Typus.

Zivilisation: Gesittung, Ordnungspflege, kultivierte Formen des menschlichen Verhaltens und Verlebens wird von vielen fälschlicherweise als der Kultur gegenüberstehend hinstellt. Man nimmt an — und sehr zu unrecht — daß es zwischen beiden einen grundsätzlichen Unterschied gibt, der darin bestehen soll, daß Zivilisation die Neuerscheinungen des gesellschaftlichen Lebens der Menschen umfaßt, während Kultur sich angeblich ausschließlich auf das Tierleben bezieht. Es kann aber bei näherer Betrachtung nicht schwer fallen, zu erkennen, daß, wenn auch die Anwendungsgebiete der beiden verschieden — ihre eigentliche soziale Wesenheit doch die gleiche ist. Denn Gesittung, Ordnungspflege usw. sind Dinge, die, auf einer gewissen Entwicklungsstufe, für das Gedeihen des gesellschaftlichen Lebens erforderlich sind. Und sie bestehen auch nur deshalb, weil sie das Leben erforderlich sind; sie sind also gesellschaftliche Werte und gehören in dieser ihrer Eigenschaft ebenfalls zur Kultur überhaupt. Zivilisation verhält sich zur Kultur wie ein Teil zum Ganzen; sie ist jenes Teilgebiet der menschlichen Kultur, welches die auf die äußeren Formen des gesellschaftlichen Lebens Bezug nehmenden Werte umfaßt.

„Arbeitsrechts-Praxis“.

Das ist der Titel der vom Alldeutschen Deutschen Gewerkschaftsbund seit Januar d. J. herausgegebenen Monatschrift für Arbeitsrecht, Sozialversicherung und soziale Verwaltung. Diese Zeitschrift ist die den Zeitverhältnissen angeordnete Abfolge für die vom Januar 1912 bis August 1923 als Beilage des „Korrespondenzblattes“ herausgegebenen „Arbeitsrechts-Praxis“ und hat ab 1. Januar 1925 bis Ende 1927 der „Gewerkschafts-Richtung“ beigelegten Monatszeitschrift „Arbeitsrecht und Arbeiterversicherung“. Die Aufgaben der Gewerkschaften und ihrer Funktionäre — sich in der Nachkriegszeit ständig vermehrt — kollektives Arbeitsrecht, Schlichtungswesen, Betriebsratswesen, Arbeitsgerichtsrecht, Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung haben den Aufgabenkreis erweitert. Es gilt dabei ja nicht nur die Belange der Arbeiterschaft, sondern auch die der Durchföhrung ausschlaggebend mitzumischen. Die neuen Aufgaben erfordern neues vollkommeneres Rüstzeug. Arben der abgewandten, Erörterung müssen einzelne Rechtsfragen herausgestellt und behandelt werden, um dadurch Material und neue Anregungen zu übermitteln. Insbesondere müssen die in der Praxis gewonnenen Erfahrungen und Entscheidungen zur Anwendung der Interessenvertreter der Arbeiter zuweilen werden. Im bisherigen Rahmen einer Beilage zur „Gewerkschafts-Richtung“ ließen sich diese Aufgaben nicht mehr lösen. Die „Arbeitsrechts-Praxis“ als besondere Zeitschrift soll und wird dazu entscheiden helfen in der Lage sein. Das erste Heft läßt auf eine vorzügliche Qualität des neuen Rüstzeuges für den Kampf um das bestehende und noch werdende Recht der Arbeitnehmer schließen. Clemens Mörschel hat die Zusammenfassung, Guas Einzeln, Georg Kottboff und Georg Klatow sind Mitarbeiter. — Alles anerkannenswürdiges Arbeiterrechtler. Andere werden noch zu kommen.

In dem Einföhrungsartikel „Zweck und Ziel“ schreibt Mörschel a.:

weiter und Angestellten sowie ihrer Gewerkschaften soll bekräftigt werden. Alles greift ineinander.

Durch das bessere Recht einzelner Gruppen erfährt das allgemeine Recht seine Förderung, und durch das allgemeine Recht werden Gruppen mit heute noch minderen Rechten in die allgemeinen Rechtsgrundsätze nach und nach eingeschleudert. Die gewerkschaftlichen Vertreter, die in gesellschaftlichen Organisationen tätig sind, und die gewerkschaftlichen Vertreter, die vor diesen Organisationen auftreten müssen, sowie die Betriebsräte, die in den Betrieben unmittelbar ihre Aufgaben zu erfüllen haben, sollen auf diese Weise ein Gesamtbild des Arbeitsrechts erhalten.

Wir empfehlen unseren Funktionären dringend den Bezug und das eifrige Studium der „Arbeitsrechts-Praxis“. Dabei kann aber nicht etwa in Frage stehen, ob vom Verband herausgegebene „Betriebsrat“ oder die „Arbeitsrechts-Praxis“ vorzuziehen sei, sondern beide Zeitschriften sind unentbehrlich.

Die Betriebsräte sollten dahin wirken, daß zum Gebrauch für die Betriebsräte gemäß § 36 des Betriebsratsgesetzes die Kosten der Firmen die „Arbeitsrechts-Praxis“ laufend bezogen wird.

In der Literatur des Arbeitsrechts, des Arbeitsrechtes und der Sozialgesetzgebung wird sich dieses jüngste Kind bald einen führenden Platz gesichert haben.

Wissenswertes in aller Kürze.

Ein Warenhaus von 70 Meter Front und vier Etagen worin 180 Angestellte und Arbeiter beschäftigt sind, eröffnen die Konsumgenossenschaft Berlin am 15. Februar. Es liegt in der Oranienstraße und gehörte ebendam der Konfektionsfirma Maechen, Berlin.

Deutschland hatte im Jahre 1925 insgesamt 892 Betriebe mit über 1000 Beschäftigten. In den Großbetrieben waren 2 109 005 Personen tätig. Auf die Industrie, Steine und Erze entfallen 20 Großbetriebe, mit über 1000 Beschäftigten.

Mitgliedschaften in Deutschland zählte die Reichsbank Ende Dezember 1927 rund 2 009 842. Zehnjahresstellen betrug die Reichsbank 2 760 000.

Wien hatte am 1. Januar 1928 insgesamt 370 000 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Seit der Samierung kamen 24 500 neue Mitglieder dazu; im Jahr 1927 betrug der Zugang 56 000 neue Mitglieder.

Zuwendungen an die Landwirtschaft ließ die Bürgerliche Regierung in Höhe von 320 Millionen Reichsmark ein. Damit sind keineswegs die Wünsche der Landwirtschaft erfüllt. Die vorläufigen Kosten geben an die 500 Millionen ohne Steuern und Steuernrücklagen.

Der Bergmannsandal in Berlin lenkte das Augenmerk der Öffentlichkeit auf Vorgänge, die erkennen lassen, wie geldgierig Angehörige der sogenannten besseren Kreise sind. Ein Mann namens Bergmann versprach verunglückten Streifen hohe Summen für geliehenes Geld, und zwar bis zu 48 Proz. Die versprochene Aussicht auf gutes Einkommen zog den Staatsanwalt Jakob, Graf Schwerin-Köslitz, Ritteraußerbesser von Löwenfeld, Major von Hindenburg und andere saule Angewandten an, die viel verdienen wollten. Doch hohe Forderungen nicht auf ehrliche Weise von geliehenem Geld herausgeholt werden können, kümmerte die Herrschaften nicht. Der Reiz mühselosen Verdienens war zu groß. Sie kennen keine Skrupel. Andere Leute, die auf diese Weise Geld gemacht, nannte man „Verräter“ und „Schieber“, was werden die adeligen Herrschaften sein?

Literarisches.

„Der wahre Jacob“. Illustrierte Zeitschrift für Satire, Humor und Unterhaltung. Sondernummer. Fassung. Preis 30 Pfennig. Zu haben in allen Buchhandlungen. Diese Nummer ist sehr gut ausgestattet und enthält treffende Bilder und sonstige Beiträge.

„Der Arbeiter-Jugend“. Das sechste Erschienen der Zeitschrift „Arbeiter-Jugend“ bringt wiederum eine Reihe sehr interessanter aktueller Aufsätze. Die Zeitschrift ist zu beziehen durch die Post und durch Buchhandlung. Das Einzelheft kostet 25 Pfennig.

„Arbeiter-Sprachlehre“. Das dritte Heft dieser sozialistischen Sprachzeitschrift, herausgegeben von H. Fuchs, dem Leiter der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins, ist sechste erschienen. Außer den Abschnitten „Französisch für Vorkurschrittene“, „Englisch für Anfänger“ und „Englisch für Vorkurschrittene“ enthält das dritte Heft den Abschnitt „Ausschweifigkeiten in der deutschen Sprache“. Originaltexte (mit deutscher Erklärung) aus englischen Partei- und Gewerkschaftszeitungen der zur Belehrung und Unterhaltung. Der Preis der 24 Seiten starken Zeitschrift beträgt für das Vierteljahrsabonnement (3 Nummern) 1 RM. Bestellungen sind zu richten an die Parichbuchhandlungen oder an die „Arbeiter-Sprachzeitschrift“, Berlin W. 57, Zietenstr. 6a.

„Fördererzeitung und Frachtverkehr“. Diese Zeitschrift erscheint vierteljährlich im A. Ziemens-Verlag, Wittenberg (Bezirk Halle). Sie kostet jährlich für Deutschland durch die Post 26 RM. — Das Heft Nummer 1 vom 6. Januar 1928 enthält die Berichte über die föderalistische Tagung des Ausschusses für wirtschaftliche Fortschritt zu Berlin am 14. Dezember 1927, darunter auch „Vertrag“. Das Fördererzeitung in der keramischen Industrie“ von Dipl.-Ing. G. Heil. Dieses Sonderheft Nr. 1-1928. kostet 3 RM und kann beim genannten Verlag bestellt werden.

Ausschreibung.

Für den Keramischen Bund, Abteilung Grobkeramik, Charlottenburg, umfassend die Industriezweige Ziegel, Feuerfest, Zement und Zementwaren, Glas, Email, Steinzeug usw. suchen wir zum möglichst baldigen Antritt eine mit dieser Industriezweige oder einem Teil derselben vertraute

Hilfskraft.

Ihre Aufgaben bestehen in der Verwaltung des Büros, Registratur, dem Studium der Fachpresse, der Mitarbeit am Keramischen Bund, dem Betreiben der Agitation und Teilnahme an den Lohnverhandlungen in diesen zuständigen Industriezweigen.

Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen unserer Geschäftsstatuten. Die Einreichung in die Geschäftsstelle bleibt der Vereinbarung vorbehalten. Nur geschickte, erfahrene und energische Bewerber haben Aussicht.

Bewerbungen mit Angaben über die bisherige Tätigkeit werden bis zum 17. März an den Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Hannover, Nikolaitr. 7 II, erbeten.

Arbeitsmarkt.

5-6 ledige Feinschleifergesellen auf leichte Kammerarbeit gesucht. Antritt kann sofort erfolgen. Es kommen nur tüchtige Kräfte in Frage. Durch Arbeitsnachweis Dr. Schwebler, Hoyerswerda.

Tüchtiger, erfahrener, selbständiger Glaschleifer, heiratet, für Kohl- und Beleuchtungsglas, sucht Stellung. Erfahren an die Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes in Berlin, E. 112, Mühlenthalstr. 27.

Sucht zum sofortigen Antritt 2 Glaschleifer für Arbeit und Menschenlieb, sowie einen Tischler für Jagdschneidwerkzeuge. Es kommen allerdings nur ganz besonders tüchtige Leute in Frage. Franz Mellis, Kristallglaschleifer, Berlin E. 112, Mühlenthalstr. 27.

Mehrere Dreiseiger und -Ausrücker für dauernde Verwendung gesucht. Ledige bevorzugt. Porzellanfabrik Klein dem bach, G. m. b. H., Klein dem bach bei Wittenberg (Thüringen).

Ein junger, tüchtiger, lediger Glaschleifer, der auch per abfertigen kann, per sofort gesucht. Glaschleifer (Wittenberg), Nikolaitr. 12.

Junger Porzellanmacher, perfekt im Nachschneidern, sucht zu verändern. Rückfragen unter „K. 113“ an den „Keram.“

Verlag: Adin Karl, Charlottenburg, Brabeitr. 2-5. Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Henniger, Charlottenburg, Brabeitr. 2-5. Druck: E. Jandigewski, Berlin S.O. 38, Elisabethstr. 28.